

Bangladesch – Europäische Gemeinschaft

Länderstrategiepapier

für den Zeitraum 2007-2013

INHALTSVERZEICHNIS

1. ZUSAMMENFASSUNG	5
2. ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN SITUATION SOWIE DER UMWELTSITUATION.....	6
2.1. Politische Situation	6
2.2. Wirtschaftliche Situation	10
2.3. Soziale Entwicklung	12
3. DIE POLITISCHE AGENDA FÜR BANGLADESCH IM ÜBERBLICK	17
3.2. Wirtschaft und Handel	17
3.3. Entwicklungspolitik	18
4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE UND GEGENWÄRTIGE VORGEHENSWEISE DER KOMMISSION IM HINBLICK AUF ZUSAMMENARBEIT, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ.....	20
4.2. Bisherige Erfahrungen	20
4.3. Zusammenarbeit mit anderen Gebern.....	21
5. DIE REAKTIONSSTRATEGIE DER KOMMISSION (INTERVENTIONSSEKTOREN)	22
5.1. Menschliche und soziale Entwicklung.....	23
5.2. Staatsführung und Menschenrechte	26
5.3. Entwicklung der Wirtschaft und des Handels.....	28
5.4. Begleitstrategien (Nicht-Schwerpunktbereiche).....	30
5.5. Bereichsübergreifende Themen	33
5.6. Risiken und Annahmen.....	33

Abkürzungen

ADR	Alternative Streitbeilegung (Alternative Dispute Resolution)
ADI	Ausländische Direktinvestitionen
APS	Allgemeines Präferenzsystem
AsEB	Asiatische Entwicklungsbank
ASEM	Asien-Europa-Treffen (Asia-Europe Meeting)
BEC	Bangladeschische Wahlkommission (Bangladesh Election Commission)
BIMST-EC	Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation
BNP	Bangladesh National Party
BPSDSP	Förderprogramm für die Entwicklung des privaten Sektors in Bangladesch (Bangladesh Private Sector Development Support Programme)
CAS	Länderstrategie (der Weltbank) (Country Assistance Strategy)
CCA	Gemeinsame Länderbewertung (Common Country Assessment)
CEC	Leiter der Wahlkommission (Chief Election Commissioner)
CHT	Region Chittagong Hill Tracts
CIDA	Canadian International Development Agency
DANIDA	Danish International Development Agency
DFID	Department for International Development, Vereinigtes Königreich
EC	Europäische Kommission (European Commission)
ECHO	Amt für Humanitäre Zusammenarbeit der Europäischen Kommission
EIDM	Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte
EPI	Erweitertes Impfprogramm der WHO (Expanded Programme for Immunisation)
EPZ	Sonderwirtschaftszonen (Export Processing Zones)
EU	Europäische Union
GoB	Regierung von Bangladesch (Government of Bangladesh)
HNPSP	Sektorprogramm für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung (Health, Nutrition and Population Sector Programme)
IFI	Internationale Finanzinstitutionen
IKT	Informations- und Kommunikationstechnologien
IPR	Rechte an geistigem Eigentum (Intellectual Property Rights)
ITC	Internationales Handelszentrum der UNCTAD/WTO (International Trade Centre)
IFPRI	International Food Policy Research Institute
JICA	Japan International Co-operation Agency
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LSP	Länderstrategiepapier
MDGs	Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals)
MRP	Mehrjahres Richtprogramm
MFA	Multifaserabkommen
MoH&FW	Ministerium für Gesundheit und Familien (Ministry of Health and Family Welfare)
MoLGRD	Ministerium für lokale Gebietskörperschaften und Entwicklung des ländlichen Raums (Ministry of Local Government and Rural Development)
MTEF	Mittelfristiger Rahmen der Staatsausgaben (Medium-Term Expenditure Framework)
NCB	Verstaatlichte Geschäftsbank (Nationalised Commercial Bank)
NFPE	Nichtformale Primarbildung (Non-formal Primary Education)
NORAD	Norwegian Development Co-operation

NRP	Nationales Richtprogramm
PEDP	Programm zur Entwicklung des Primarschulsystems (Primary Education Development Programme)
PEFA	Öffentliche Ausgaben und finanzielle Rechenschaftspflicht (Public Expenditure and Financial Accountability)
PIU	Projektdurchführungsstelle (Project Implementation Unit)
PMO	Amt des Premierministers (Prime Minister's Office)
PRGF	Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility)
PRSP	Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Paper)
RAB	Schnelle Eingreiftruppe (Rapid Action Battalion)
RMG	Konfektionsbekleidung (Ready Made Garments)
SAARC	Südasiatische Wirtschaftsgemeinschaft (South Asian Association for Regional Cooperation)
SDC	Swiss Development Cooperation
SIDA	Swedish International Development Agency
SOE	Staatseigene Unternehmen (State Owned Enterprises)
SWAP	Sektorbezogener Ansatz (Sector Wide Approach)
TRTA	Handelsbezogene technische Hilfe (Trade Related Technical Assistance)
UNDAF	Entwicklungshilferahmen der Vereinten Nationen (United Nations Development Assistance Framework)
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (United Nations Development Programme)
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees)
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund)
UNIDO	Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (United Nations Industrial Development Organization)
WHO	Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation)
WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organisation)

1. ZUSAMMENFASSUNG

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Kommission und Bangladesch bestehen bereits seit 1973. Das 1976 unterzeichnete Abkommen über handelspolitische Zusammenarbeit zwischen der EWG und Bangladesch wurde im März 2001 durch ein Kooperationsabkommen der dritten Generation abgelöst. Durch das Abkommen, das neben der Zusammenarbeit in einer Vielzahl von Bereichen auch den Weg für den politischen Dialog ebnete, wurden die bestehenden Beziehungen weiter entwickelt. Die in diesem Dokument beschriebene Länderstrategie bezieht sich auf die Jahre 2007 bis 2013 und setzt sich unter anderem mit den folgenden zentralen Herausforderungen auseinander, vor denen Bangladesch in diesem Zeitraum steht:

- Fortführung der Bemühungen im Kampf gegen das Problem der strukturell bedingten Armut und im Hinblick auf das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele bis zur vorgegebenen Frist 2015.
- Probleme im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Staatsführung, die die effiziente und wirksame Erbringung grundlegender Dienstleistungen der öffentlichen Hand für die Armen beeinträchtigen.
- Mögliche wirtschaftliche und soziale Defizite nach dem Auslaufen des WTO-Quotensystems für den Textilbereich und die damit verbundene Notwendigkeit zur Diversifizierung der industriellen Basis und zur Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds.

Die Strategie der Europäischen Kommission basiert auf der Strategie, mit der die bangladeschische Regierung auf diese Herausforderungen reagiert und die im Strategiepapier zur Armutsbekämpfung¹ verankert ist. Zugleich bemüht sich die Kommission mit ihrer Strategie um ein ausgewogenes Verhältnis in ihrem Engagement für die soziale und für die wirtschaftliche Entwicklung. Während die Kommission sich einerseits darum bemüht, das Wirtschaftswachstum in Bangladesch zu fördern und zur Integration des Landes in den Weltmarkt beizutragen, wird auf der anderen Seite zunehmend ersichtlich, dass Wachstum alleine nicht ausreicht – dies geht unter anderem aus dem Bericht der Vereinten Nationen über die menschliche Entwicklung 2005 (UN Human Development Report 2005) hervor. Daher sieht sich die Kommission veranlasst, sich auch unmittelbar mit der Problematik von Armut und sozialer Ausgrenzung zu befassen, wobei ein deutlicher Schwerpunkt auf dem Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele liegt.

Um eine stärkere Wirkung der Maßnahmen zu erzielen und größere Effizienz bei der Ressourcenverwendung zu erreichen, wird sich die Europäische Kommission in ihrem entwicklungspolitischen Engagement in Bangladesch auf drei Schwerpunktbereiche sowie zwei Nicht-Schwerpunktbereiche konzentrieren.

Schwerpunktbereiche

- Menschliche Entwicklung und soziale Entwicklung
- Verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte
- Entwicklung der Wirtschaft und des Handels

¹ „Unlocking the Potential: National Strategy for Accelerated Poverty Reduction“, November 2005.

Nicht-Schwerpunktbereiche:

- Umweltschutz und Katastrophenmanagement
- Ernährungssicherheit und Ernährung

Die Strategie der Kommission ist als Teil eines breit gefächerten Spektrums von Geberorganisationen zu sehen, die sich mit ihrem Fachwissen und ihren Ressourcen in unterschiedlicher Form an einem ausgewogenen Hilfspaket für Bangladesch beteiligen. Die Kommission bekräftigte im März 2005 bei der Harmonisierungskonferenz in Paris ihr Engagement für die Geberkoordination in Bangladesch. Anlässlich dieser Konferenz beschloss die Gemeinschaft der in Bangladesch tätigen Geber mehrheitlich, ihre Programme auf das Strategiepapier zur Armutsbekämpfung (PRSP) der bangladeschischen Regierung abzustellen. Die Strategie der Kommission wurde daher in Zusammenarbeit mit den übrigen bedeutenden Gebern ausgearbeitet; bei ihrer Umsetzung wird sich die Kommission eng an den Aktionsplan zur Harmonisierung für Bangladesch (Bangladesh Harmonization Action Plan) halten, den Regierung und Geber in Verbindung mit dem PRSP ausarbeiten. Die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Entwicklung der ländlichen Gebiete, Ernährungssicherheit, Umweltbelange und verantwortungsvolle Staatsführung werden weiterhin durchgängig in die Maßnahmen in allen vorrangigen Bereichen eingebunden. In den Schwerpunktbereichen wird die Kommission eindeutig Programme bevorzugen, mit denen sektorpolitische Maßnahmen unterstützt werden.

Im Rahmen des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit (DCI) wurde für den Zeitraum 2007-2013 eine indikative Zuweisung von 403 Mio. EUR für Bangladesch eingeplant. Diese Mittel können durch Projekte und Programme ergänzt werden, die aus den Regionalprogrammen für Asien und verschiedenen thematischen Programmen finanziert werden.

2. ANALYSE DER POLITISCHEN, WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN SITUATION SOWIE DER UMWELTSITUATION

2.1. Politische Situation

Bangladesch ist eine parlamentarische Demokratie mit 300 unmittelbar vom Volk gewählten Abgeordneten. Bereits kurz nach der Unabhängigkeit im Jahr 1971 übernahm ein Militärregime die Macht, das schließlich 1991 den Weg zu einem friedlichen Übergang zur Demokratie freigab. Im Oktober 2001 übernahm eine Koalition der Bangladesh National Party (BNP) mit zwei Islamparteien (Jamaat-Islam, Islami Oikya Jote) und einer Splittergruppe der Jaty Party des vormaligen Präsidenten Ershad die Regierung. Die nächsten Parlamentswahlen stehen im Januar 2007 an.

Der durch knappe Machtverhältnisse gekennzeichnete politische Prozess in Bangladesch ist von der **Konfrontation zwischen den beiden großen Parteien**, BNP und Awami League (AL), und der Gegnerschaft der Parteiführer geprägt, nicht selten kommt es auch zu gewalttätigen Übergriffen. Da die parlamentarischen Verfahren vom Speaker, dem Parlamentssprecher, parteiisch interpretiert werden, bleibt der Opposition wenig Spielraum für eine effektive Mitwirkung am Gesetzgebungsprozess. Der Auszug der Opposition aus dem Parlament und landesweite Streiks (*hartals*) sind seit Jahren Teil der politischen Kultur.

Zwar sieht die Verfassung gewählte **lokale Gebietskörperschaften** vor, doch ist die Verwaltungsführung nach wie vor sehr stark zentralisiert. Hierzu heißt es im PRSP allerdings ganz richtig, dass die lokale Verwaltungsführung als Schlüsselstrategie für ein vermehrtes Wachstum zugunsten der armen Bevölkerung zu sehen ist, und die 2005 erfolgte Einführung eines bescheidenen Globalzuschusses für Union Parishads (Ortschaftsräte, die höchste Ebene der gewählten lokalen Gebietskörperschaften) stellt eine bedeutungsvolle Geste im Sinne einer fortschreitenden Dezentralisierung dar. Hieraus dürften auf der lokalen Ebene Forderungen nach einer vermehrten Rechenschaftspflicht erwachsen.

Die im politischen System ohnehin vorhandenen Spannungen wurden in den letzten drei Jahren durch eine Reihe von Bombenanschlägen weiter verschärft, darunter Anschläge auf hochrangige Oppositionsführer, ein Bombenanschlag am 17. August 2005, der eine große Zahl von Opfern forderte, sowie mehrere Selbstmordanschläge gegen staatliche Einrichtungen. Diese Vorfälle machen auf drastische Weise den potenziellen Einfluss eines wachsenden islamischen Extremismus in Bangladesch und die Notwendigkeit eines Vorgehens gegen dessen unmittelbare, aber auch die tiefer liegenden Ursachen deutlich. Die Regierung zeigt sich entschlossen, den Kampf gegen den Terrorismus aufzunehmen; Anfang 2006 wurden die Urheber der Terrorangriffe ausfindig gemacht.

Verantwortungsvolle Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit

Die Justizverwaltung ist durch Effizienzdefizite beeinträchtigt, die sich durch die unzureichende Abwicklung von Gerichtsverfahren, schwach entwickelte Verfahren zur außergerichtlichen Streitbeilegung und mangelnde Berücksichtigung der Gleichstellung von Frauen und Männern manifestieren. Die Strafrechtsreform ist Stückwerk geblieben, nach wie vor gelten veraltete Rechtsvorschriften aus der Kolonialzeit, Opfer von Straftaten erhalten nur unzureichende Unterstützung, für die Rehabilitation jugendlicher Straftäter wird nur wenig getan. Bis zu 75 % der Inhaftierten in den bangladeschischen Gefängnissen befinden sich in Untersuchungshaft. Die personelle und finanzielle Ausstattung der Polizei ist mangelhaft, es fehlt an forensisch ausgebildeten Fachkräften.

Korruption und ein ineffizientes, übermäßig kompliziertes Rechts- und Regelungssystem werden heute als ein großes Hindernis für Investitionen und Wachstum angesehen. Von Transparency International wird Bangladesch seit Jahren auf einem der hintersten Plätze des Index der wahrgenommenen Korruption (Corruption Perception Index) geführt. Den Unternehmen im Lande gilt die Korruption – gleich nach der unzureichenden Stromversorgung – als zweitgrößtes Hindernis für das Wirtschaftswachstum. Fehlendes Vertrauen in die Gerichte ist Anlass für schwere Bedenken der Investoren in Bangladesch. Der Entwicklungsbericht der Weltbank² für 2005 zeigt für Bangladesch schlechte Werte bei allen wichtigen Indikatoren für die Staatsführung und eine deutliche Verschlechterung in den Jahren 1998-2004 bei den Werten für „Korruptionsbekämpfung“ und „bürokratischer Aufwand“³.

² „Governance Matters IV: New Data, New Challenges“.

³ In dem Bericht werden sechs Dimensionen der Staatsführung („Governance“) genannt: „Voice and accountability“ (Stimmrecht und Rechenschaftspflicht), „Political instability and violence“ (politische Instabilität und Gewaltpotenzial), „Government effectiveness“ (Effizienz der Regierungsführung), „Regulatory burden“ (bürokratischer Aufwand), „Rule of law“ (Rechtsstaatlichkeit) und „Control of corruption“ (Korruptionsbekämpfung).

In der wachsenden Erkenntnis, dass die grundlegenden Probleme der Staatsführung angegangen werden müssen, um in der Entwicklungsagenda voranzukommen, hat die Regierung damit begonnen, neue Institutionen einzuführen, worunter insbesondere die Korruptionsbekämpfungskommission (Anti-Corruption Commission, ACC) zu nennen ist. Ein Gesetzentwurf zur Einsetzung einer nationalen Menschenrechtskommission wird derzeit in einem Unterausschuss des Kabinetts geprüft, und die Regierung hat sich bindend verpflichtet, einen Ombudsmann für Kinder einzusetzen. Die Korruptionsbekämpfungskommission sieht sich allerdings seit Beginn ihrer Arbeit durch Streitigkeiten über Stellenbesetzungen, Budget und Geschäftsordnung gehandicapt. Andere Institutionen wie die des Parlamentarischen Ombudsmanns bestehen nur auf dem Papier. Die Regierung muss erst noch konkrete Maßnahmen einleiten, um, Justiz und Exekutive voneinander zu trennen.

Die problemlose Beschaffbarkeit von Handfeuerwaffen in Bangladesch trägt in erheblichem Maße dazu bei, eine verantwortungsvolle Staatsführung, die Einhaltung von Recht und Ordnung und die Rechtsstaatlichkeit zu behindern. Bangladesch ist nicht nur Durchgangsland für den Schmuggel von Handfeuerwaffen und leichten Waffen, sondern Waffen werden auch im Land hergestellt und benutzt – häufig im Zusammenhang mit Straftaten und verschiedenen Formen des illegalen Handels.

Menschenrechte

Bangladesch hat zwölf **UN-Menschenrechtsverträge** und vier optionale Protokolle ratifiziert und ist im Mai 2006 dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen beigetreten.⁴ Die Verfassung gewährt Versammlungsfreiheit, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Recht auf freie Religionsausübung. Sie verbietet Diskriminierung (von Frauen, Kindern, Minderheitengruppen und Menschen mit Behinderungen), Menschenhandel sowie Zwangsarbeit und Schuldknechtschaft. Doch wenn auch positive Trends erkennbar sind, werden diese Vorgaben in der täglichen Rechtspraxis bislang nur unzureichend umgesetzt.

Die **Polizei** steht im Ruf gewalttätig und korrupt zu sein, miserable Zustände in den Gefängnissen sollen wiederholt zu Todesfällen während der Untersuchungshaft geführt haben. Die 2004 gebildete Schnelle Eingreiftruppe (Rapid Action Battalion, RAB) ist wegen der Tötung zahlreicher Verdächtiger bei Schießereien während und auch nach der Festnahme in die Kritik geraten. Gleichzeitig geht die Regierung nur zögerlich gegen die Aktivitäten militanter Islamisten vor und zeigt sich auch nicht übermäßig an der Untersuchung von Angriffen gegen Oppositionelle, Bürger- und Menschenrechtsaktivisten und Journalisten interessiert. Die **Religionsgemeinschaft Ahmadiya** sah sich wiederholt gewalttätigen Schikanen ausgesetzt, die aufgrund unzureichenden Polizeischutzes nicht unterbunden wurden. Den Minderheitengruppen zuzurechnende Stammesgemeinschaften sind in Bangladesch weiterhin bedroht, vor allem, wenn es um Fragen des Grundeigentums geht, hingegen hat die Regierung die Bearbeitung von Schlichtungsverfahren zu Gebietsstreitigkeiten in der Region Chittagong Hill Tracts (CHT) unterbrochen. Die wichtigsten Aspekte der Friedensvereinbarung für die Region Chittagong Hill Tracts sind noch nicht umgesetzt, eine Bodenkommission muss erst noch eingesetzt werden. Die **30 000 Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar**, die im Südosten Bangladeschs Zuflucht gefunden haben, leben unter unzumutbaren Verhältnissen und werden von der Bevölkerung eingeschüchtert und beschimpft.

⁴ Vollständige Übersicht siehe Anhang 6.

Gewalt gegen Frauen und Benachteiligung von Frauen bilden nach wie ein ernstes Problem. Häusliche Gewalt ist weit verbreitet und reicht bis zu Mitgiftmorden und Säureattentaten. Das Gesetz über die sichere Verwahrung (Safe Custody Act) trägt zur weiteren Traumatisierung weiblicher Opfer von Straftaten bei, da diese Verwahrung häufig an ungeeigneten Orten erfolgt, wo die Gefahr besteht, dass die Frauen von Polizeiangehörigen missbraucht. Der Frauen- und Kinderhandel zum Zweck der Prostitution und Zwangsarbeit stellt die Regierung weiterhin vor große Aufgaben. Die US-Regierung führt Bangladesch auf einer „Tier 2 Watch List“ als eines der beiden Hauptherkunftsländer für die Menschenhandelsaktivitäten erheblichen Ausmaßes in Südasien.

Aus der **Nationalen Erhebung über Kinderarbeit** des Jahres 2003 geht hervor, dass fast 3,2 Millionen Kinder im Alter zwischen 5 und 14 Jahren arbeiteten, zum Teil unter gefährlichen und schädlichen Bedingungen. Außerhalb des Konfektionsbekleidungssektors wird die Einhaltung der Rechtsvorschriften für Kinderarbeit praktisch nicht überwacht. Diese Problematik wird dadurch noch verschärft, dass Geburten häufig nicht standesamtlich eingetragen werden und dass das bangladeschische Recht unterschiedliche Definitionen des Begriffs Kindheit kennt, wird. Doch ungeachtet dieser Sachlage, die ganz unzweifelhaft Anlass zur Sorge bietet, sind auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Mit Unterstützung durch UNICEF⁵ und verschiedene NRO findet derzeit eine konzertierte Aktion statt, mit der für Geburtenregistrierung geworben wird. Durch den hohen Frauenanteil unter den Beschäftigten der Konfektionsbekleidungsindustrie und die hohen Einschulungsquoten von Mädchen in der Grundschule verbessert sich nach und nach der Status der Frauen in der bangladeschischen Gesellschaft.

Trotz des beunruhigend hohen Maßes an Gewalt gegen Journalisten verfügt Bangladesch immer noch über eine bemerkenswert freie **Presse**, die Missstände deutlich benennt. Auch die **NRO** im Land zeigen sich überaus aktiv und effektiv. 2004 wurde eine Gesetzesvorlage, die strengere Kontrollen von NRO und ein Verbot der Mitwirkung an politischen Aktivitäten vorsah, von der Regierung zurückgezogen. Die Regierung hat zwar zugesagt, den gesamten Rechtsrahmen für NRO zu überprüfen und mit Geberunterstützung wurde auch ein Weg für das weitere Vorgehen aufgezeigt, doch wurden von Regierungsseite bislang keine weiteren Schritte in dieser Richtung unternommen.

Regionaler und internationaler Kontext

In der Außenpolitik konzentriert sich die Regierung von Bangladesch auf die regionale Zusammenarbeit, die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarländern, Wirtschaftsdiplomatie und Multilateralismus im Forum der Vereinten Nationen. Mit der Verschiebung des 13. SAARC-Gipfels 2005 wurden die hohen Erwartungen an diese Regionalorganisation gedämpft. Die bilateralen Beziehungen zwischen Bangladesch und dem großen Nachbarn Indien sind vor allem wegen Fragen der Grenzkontrolle getrübt. Hierbei geht es um das gesamte Spektrum von illegaler Migration über Schmuggel und illegalen Handel bis hin zu Vorwürfen, man gewähre „Terroristen“ und „Aufständischen“ Schutz. Ein weiterer Streitpunkt zwischen Bangladesch und dem großen Nachbarland betrifft die Wasserbewirtschaftung. Gespräche über die gemeinsame Nutzung und Bewirtschaftung der 54 Flüsse, die beide Staatsgebiete durchfließen, wurden nach zweijähriger Unterbrechung gerade erst wieder aufgenommen. Große Sorgen bereitet Bangladesch hier das geplante Projekt zur Verbindung von Flüssen in Indien (Umleitung von Flussbecken mit

⁵ Die Europäische Kommission beteiligt sich im Rahmen der EIDM an der Finanzierung des UNICEF-Programms zur Geburtenregistrierung.

Wasserüberschuss in Becken mit Wasserdefizit), das nach den Befürchtungen Bangladeschs schwer wiegende Auswirkungen auf Natur und Umwelt in großen Teilen Nordbangladeschs haben wird.

Wenngleich keine zuverlässigen Migrationsstatistiken für Bangladesch vorliegen, bestehen doch eindeutig sowohl auf der regionalen als auch auf der internationalen Ebene gravierende Migrationsprobleme, die von Bangladesch ausgehen und von denen auch die EU betroffen ist. Behauptungen der indischen Regierung zufolge halten sich allein in Indien bis zu 20 Millionen bangladeschische Staatsbürger illegal auf. Eine relativ hohe Zahl von Bangladeschern erscheint auch in den Statistiken der EU-Mitgliedstaaten – sowohl als Asylbewerber als auch unter den aufgegriffenen illegalen Zuwanderern. Der Menschenhandel, von dem vor allem Frauen und Kinder in großer Zahl betroffen sind, wurde bereits weiter oben als schwer wiegendes Problem angesprochen.

2.2. Wirtschaftliche Situation

Wirtschaft

Bangladesch zählt zu den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) mit niedrigem Einkommen und ist zweitgrößter Entwicklungshilfeempfänger der Europäischen Kommission in Asien. Mit seiner derzeitigen Bevölkerung von über 141 Millionen Menschen auf einer Fläche von der Größe Griechenlands ist Bangladesch das am dichtesten besiedelte Land der Welt. Die Volkswirtschaft musste seit Beginn der 1990er Jahre mit erheblichen Veränderungen in der Handels-, Steuer-, Industrie-, Agrar- und Finanzpolitik fertig werden. In den letzten zehn Jahren lag das Wirtschaftswachstum – getragen von einem exportorientierten verarbeitenden Gewerbe, Überweisungen im Ausland lebender Bangladescher und dem Dienstleistungssektor – bei 5 bis 6 %.

Auf der einen Seite ist erkennbar, dass sich Bangladesch mit Erfolg aus der Abhängigkeit von ausländischer Hilfe löst und sich zu einer auf Handel basierenden Volkswirtschaft entwickelt, die Wert darauf legt, Investitionen zu sichern. Auf der anderen Seite reicht die gute Wirtschaftsleistung offenkundig nicht aus, um die Ziele des Landes in der Armutsbekämpfung zu verwirklichen, sondern bringt vielmehr wachsende Einkommensungleichheit mit sich. Das schwache Abschneiden des Landes im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Staatsführung und die ausgeprägte Abhängigkeit vom Textilsektor sind äußere Zeichen einer wenig stabilen Volkswirtschaft, die Schwierigkeiten haben dürfte, auch in Zukunft **ein anhaltendes Wachstum zu sichern**. Bangladesch rangiert im Global Competitiveness Report 2005/2006 des World Economic Forum auf Platz 110 von 117 Ländern (gegenüber Rang 111 im Vorjahr), in den Ranglisten für Korruption und die Qualität der öffentlichen Einrichtungen steht das Land ganz unten. Gleichzeitig gefährdet die durch steigende Ölpreise und die Abwertung des Taka angeheizte rasche Zunahme der Inflationsrate (7 % im Jahr 2006) die gesamtwirtschaftliche Stabilität Bangladeschs.

Darüber hinaus sieht sich das Land in seiner wirtschaftlichen Entwicklung mittel- und langfristig schwierigen Herausforderungen gegenüber, vor allem aufgrund eines äußerst ineffizienten Verkehrssystems (insbesondere Hafen von Chittagong), Schwächen in den Infrastrukturen und der Elektrizitätserzeugung, einer mangelnden Um- und Durchsetzung von Rechtsvorschriften, organisatorischer und verwaltungstechnischer Mängel in den zuständigen Ministerien und Behörden, Regulierungs- und Verfahrensschwächen, informeller Zahlungen und erpresserischer Praktiken, die sich durch die gesamte Wirtschaft ziehen. Hinzu kommen

die nachteiligen Auswirkungen, die die 2006, also im Jahr vor den Wahlen, aufgetretenen politischen Unruhen auf die Wettbewerbsfähigkeit und das Investitionsklima haben.

Struktur des Handels

Die vom Handelsministerium formulierte mehrjährige Ausfuhr- und Einfuhrpolitik (2003-2006) wurde über die Jahre hinweg weitgehend unverändert beibehalten. Die **Zolltarife** bilden weiterhin das wichtigste Instrument der Handelspolitik und eine der Haupteinnahmequellen des Landes. Im Laufe der Jahre hat Bangladesch seine Zolltarife deutlich gesenkt – der höchste Tarif liegt jetzt bei 25 % gegenüber 300 % vor zehn Jahren, auch wurde die Zahl der Tarifgruppen verringert.

Der **Außenhandel** stützt sich auf einen begrenzten **Ausfuhr-Warenkorb**. Über 80 % der Ausfuhrerlöse werden mit Bekleidung erwirtschaftet, 85 % der Gesamtausfuhren gehen in den US- und den EU-Markt. Die legalen Einfuhren nahmen in den letzten zehn Jahren langsamer zu als die Ausfuhren. Die Einfuhren betreffen im Wesentlichen Rohstoffe, Vorleistungsgüter und Investitionsgüter. Da die Einfuhren hauptsächlich aus Asien stammen, verzeichnet Bangladesch im Handel mit der EU einen wachsenden Handelsüberschuss. Zwar zeichnet sich das Land durch eine der liberalsten Regelungen für ausländische Direktinvestitionen (ADI) in Südasien aus, doch **wurde der erwartete Zustrom durch Probleme in der Verwaltungsführung gedrosselt**. Durch die herrschende Korruption wird die Geschäftstätigkeit vielfach sehr beeinträchtigt. Wenngleich weniger Verfahren zu durchlaufen sind und die Eintragung eines Unternehmens in der Regel schneller erfolgen kann, sind die Kosten für die Gründung eines neuen Unternehmens in Bangladesch gegenüber anderen Ländern in der Region höher. Der Handel im Land wird durch **erhebliche Infrastrukturengpässe** eingeschränkt, die die Bereitstellung von Strom, Gas und Telekommunikationsdiensten beeinträchtigen. Durch schlecht funktionierende Binnen- und Seehäfen, langwierige Zollverfahren und ein sehr schwach ausgeprägtes Bankensystem werden die politischen Mängel noch verschärft. Neben der unzureichenden Verwaltungsführung und den Infrastrukturengpässen stellt die Finanzierung, z. B. die Fremdkapitalkosten, ein erhebliches Hindernis für eine bessere Exportleistung dar.

Eine vollständige Bewertung der **Auswirkungen des Freihandels nach dem Multifaserabkommen (MFA)** auf die Ausfuhren von Konfektionsbekleidung wird erst nach Annahme des vorliegenden Papiers möglich sein. Erste Anzeichen lassen darauf schließen, dass aufgrund entsprechender Kapazitäten durch die Verflechtung mit vorgelagerten Wirtschaftszweigen bei den Strickwaren der Marktanteil zumindest gleich bleiben, wenn nicht sogar wachsen wird. Dadurch ist eine gute Ausgangsposition des Strickwarenssektors mit Blick auf die Einhaltung der Ursprungsvorschriften nach dem Schema allgemeiner Zollpräferenzen (ASP) der EU gewährleistet: Als der Gruppe der LDC zugehöriges Land genießt Bangladesch im Rahmen der Regelung „Alles außer Waffen“ für die meisten Waren zoll- und kontingentfreien Zugang, sofern die Ursprungsvorschriften eingehalten werden. Anders sieht es bei den Stoffen aus, denn hier fehlt es an im Land erzeugten Stoffen in Ausfuhrqualität. Wettbewerbsfähig ist Bangladesch nur bei einigen wenigen Arten von Bekleidungsstücken, so könnten z. B. für Strickwaren die Einsatzgüter von der heimischen Industrie bezogen werden. Das unzureichende Angebot an Stoffen für die Bekleidungsindustrie wirkt sich für die Exporteure bei der Einfuhr in die EU im Rahmen des ASP nachteilig aus. Auch die fehlende beschaffungsseitige Verflechtung im Gewebesektor sowie die Defizite bei der Einhaltung von **wesentlichen Arbeitsnormen, Umweltstandards und der sozialen Verantwortung der Unternehmen** (Corporate Social Responsibility, CSP) mindern die Zukunftsaussichten des Textilsektors. Es kommt entscheidend darauf an,

dass Regierung und Industrie auf die Einhaltung dieser Standards hinarbeiten – nicht nur als zwingende Voraussetzung unter dem Aspekt der menschlichen Entwicklung und der Menschenrechte, sondern auch um dafür zu sorgen, dass Bangladesch den Anforderungen der europäischen Abnehmer entspricht. Es wird davon ausgegangen, dass das neue APS der EU den Bekleidungsausfuhren in die EU neue Impulse verleiht, allerdings unter der Voraussetzung, dass Änderungen bei den Ursprungsvorschriften neue Möglichkeiten eröffnen. Die Möglichkeiten, die die regionale Ursprungskumulierung bietet, könnten – sofern diese nicht durch konkurrierende Handelsinteressen behindert wird – sogar für einen Aufschwung der Ausfuhren anderer Erzeugnisse in die EU führen und hier zu einer Diversifizierung beitragen, vorausgesetzt, es gelingt der bangladeschischen Regierung, ihre Zollverfahren entsprechend zu ändern.

Die Wettbewerbsfähigkeit bangladeschischer Erzeugnisse auf Fremdmärkten wird durch unzureichende **Regelungsinstrumente für Qualitätsnormen** und Zertifizierung ernsthaft behindert. Sowohl der Inlands- als auch der Außenhandel leiden unter der Schwäche der Institutionen und mangelnder Einhaltung selbst auferlegter Standards. Fehlende Sensibilisierung für die Problemstellung und mangelnde Bereitschaft, sich mit den Herausforderungen der WTO-Vorschriften auseinander zu setzen, sind unter Unternehmen ebenso wie unter den Handelsverbänden weit verbreitet.

2.3. Soziale Entwicklung

Zwar kann Bangladesch beträchtliche Verbesserungen seiner Sozialindikatoren im Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte vorweisen, doch steht die Regierung nunmehr vor einer nicht abgearbeiteten Liste von Aufgaben in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Beschäftigung, verbunden mit systemimmanenten Problemen bei der Erbringung von Dienstleistungen und wachsender Arbeitslosigkeit. Die Fortschritte des Landes im sozialen Bereich sind zwischen Arm und Reich, Frauen und Männern sowie zwischen der Mehrheitsbevölkerung und ethnischen Minderheiten ungleich verteilt.

Armut, Unterernährung und unsichere Ernährungslage

Fast 50 % der bangladeschischen Bevölkerung leiden unter Armut, rund 30 Millionen Menschen müssen als extrem arm gelten. Von extremer Armut sind vor allem Frauen betroffen, auch Unterernährung ist besonders unter Frauen und Mädchen verbreitet. Bangladesch kann seine Bevölkerung eigentlich weitgehend selbst ernähren, die unsichere Ernährungslage von Teilen der Bevölkerung ist somit keine Frage von fehlendem Angebot und mangelnder Verfügbarkeit, sondern ist vielmehr auf Probleme beim Zugang zu Nahrungsmitteln und der Bezahlbarkeit für die Betroffenen zurückzuführen.

Armut und unsichere Ernährungslage stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem **Zugang zu den natürlichen Ressourcen**, insbesondere Grund und Boden. Rund 50 % der Armen in den ländlichen Gebieten haben kein Land. Die Ärmsten der Armen müssen daher ihr Einkommen auf andere Weise erwirtschaften und verdingen sich als Tagelöhner. Durch diese Arbeit, hauptsächlich in der Landwirtschaft, sind sie allerdings wegen der schlechten Löhne und der Saisonabhängigkeit vieler Tätigkeiten nicht in der Lage, die Ernährung ihrer Familien zu sichern.

In Bangladesch sind die Quoten für **Wachstumsverzögerungen und Untergewicht bei Kleinkindern** (Infant Stunting, Infant Underweight) höher als in den afrikanischen Ländern

südlich der Sahara (IFPRI, 2004). Die Unterernährungsquoten des Landes zählen zu den höchsten der Welt, 52 % der Kinder unter 5 Jahren und über 50 % der weiblichen Bevölkerung leiden an Unterernährung. Mädchen werden von Geburt an benachteiligt. Geschlechtsspezifische Ungleichbehandlung, unter anderem bei der Ernährung, ist die Ursache dafür, dass Mädchen in höherem Maße von Unterernährung betroffen sind und dass unter Mädchen die Kindersterblichkeit höher ist.

Gesundheit

Der Gesundheitssektor trägt schwer an der Last der **übertragbaren Krankheiten** und den **Problemen der Reproduktionsgesundheit**, das öffentliche Gesundheitswesen ist nicht in der Lage, für die Bedürfnisse der Armen zu sorgen. Die Mütter- und Säuglingssterblichkeit ist hoch, die Tuberkulose-Prävalenzrate zählt zu den höchsten der Welt, Malaria stellt in 13 von 64 Bezirken des Landes immer noch ein großes Gesundheitsproblem dar und Atemwegsinfektionen und Durchfallerkrankungen zählen zu den häufigsten Krankheits- und Todesursachen. Bedingt das Zusammenwirken von Unterernährung und Krankheit ist fast die Hälfte der bangladeschischen Kinder untergewichtig. In Bangladesch ist Gesundheit auch **eine Frage des Geschlechts**. Die Regierung hat es bislang nicht verstanden, Frauen und Mädchen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung zu verschaffen und damit die Müttersterblichkeit zu senken und Mädchen die gleichen Chancen zu eröffnen, die frühe Kindheit zu überleben und bei guter Gesundheit die Grundschule zu besuchen. Die derzeitige Fruchtbarkeitsrate von 3,0 Kindern pro Frau verursacht einen problematischen Bevölkerungsanstieg. Die **HIV-Prävalenz** in der allgemeinen Bevölkerung ist noch gering, doch steigen die Infektionsraten in verschiedenen Hochrisikogruppen, was Folgen für die Übertragung von HIV auf weitere gefährdete Gruppen haben könnte. **Schlechte Arbeitsbedingungen** und **Umweltrisiken** sind ebenfalls häufig Ursache für gesundheitliche Schäden, insbesondere unter der armen Bevölkerung. Verunreinigtes Trinkwasser, die Anreicherung von Arsen im Grundwasser, toxisch verunreinigtes Abwasser, unzureichende Abwasser- und Abfallentsorgung und in jüngster Zeit das durch den Anstieg des Meeresspiegels hervorgerufene Eindringen von Salzwasser in die Süßwasservorräte sind Gründe für die hohen Krankheitsziffern in Bangladesch. Als ein weiterer negativer Umwelteinfluss ist die Luftverschmutzung – in geschlossenen Räumen durch schlecht belüftete Küchen und in den Städten durch schlecht gewartete Beförderungsmittel und Fabrikanlagen – zu nennen. Durch die mit der Klimaveränderung einhergehenden Gefährdungen durch Wirbelstürme, Überschwemmungen und Dürren sind hauptsächlich Leben, Existenz und Gesundheit der armen Bevölkerung bedroht.

Das **Gesundheitssystem** in seiner heutigen Form ist nicht in der Lage, diese Herausforderungen zu bewältigen und wirksam auf die Bedürfnisse der armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen einzugehen. So sind nicht nur die Gesundheitsausgaben der öffentlichen Hand – selbst gemessen an Ländern mit vergleichbarem ökonomischem Status – extrem niedrig, vielmehr entwickeln sich die Ausgaben auch noch rückläufig und es fließen mehr Mittel in die reicheren Bezirke als in die ärmeren. Darüber hinaus bestehen im öffentlichen Gesundheitsdienst **erhebliche Probleme in der Verwaltungsführung**, die personelle Ausstattung ist sehr unterschiedlich und Managementprobleme behindern den effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel und Kapazitäten für eine adäquate Versorgung der armen Bevölkerung.

Bildung

Mit rund 18 Millionen Schülern an den Primarschulen und 11 Millionen an den Sekundarschulen des Landes zählt Bangladeschs Bildungssystem zu den größten aller Entwicklungsländer und ist in seiner Dimension mit den Bildungssystemen Brasiliens und Nigerias vergleichbar. Bei einem derzeitigen Ausgabenniveau von 15 USD pro Schuljahr und einem Lehrer-Schülerverhältnis von 1:38 in der Primarstufe stellt sich jede Reform im Bildungsbereich als ein größeres Vorhaben dar.

Während die **Einschulungsquote in der Primarstufe** im zurückliegenden Jahrzehnt ausgehend von einer Nettoeinschulungsquote von 71 % im Jahr 1990 kontinuierlich und deutlich angestiegen ist, ist seit 1998 ein zwar nur geringer, jedoch trotzdem Besorgnis erregender Rückwärtstrend von 94 % auf 83 % (2001) zu verzeichnen. Die geringe Qualität des Bildungsangebots und der durch externe Faktoren wie Kinderarbeit und frühes Heiratsalter ausgeübte externe Druck führen zu hohen Schulabbrecherquoten und geringer Lese- und Rechenkompetenz. Derzeit ist davon auszugehen, dass nur 66 % der Erstklässler die Grundschule abschließen, und 50 % der Jugendlichen in Bangladesch müssen als nicht vollständig alphabetisiert betrachtet werden.⁶ Trotzdem wird die allgemeine Grundschulbildung (Universal Primary Education) als eines der erreichbaren Millenniums-Entwicklungsziele angesehen, und die Regierung hat hierfür ein spezielles politisches Konzept entwickelt. Der Anteil der Bildungsausgaben an den Gesamtausgaben des Staates ist mit derzeit 16 % einer der höchsten in der Region Südasien. 2003 verpflichtete sich die Regierung zu umfangreichen Investitionen in das Primarschulsystem; gemeinsam mit elf Entwicklungspartnern, darunter die Europäische Kommission, erarbeitete die Regierung mit dem Zweiten Programm zur Entwicklung des Primarschulsystems (Second Primary Education Development Programme, PEDP-II) ein Konzept für den gesamten Sektor.

Die Bildungsbeteiligung im **Sekundarbereich** wird durch die Armut massiv beeinträchtigt, da hohe Schulgebühren und die zusätzlichen Kosten für Beförderung, Schuluniform, Lehrmittel und privaten Zusatzunterricht viele Schüler am Zugang zur bzw. dem erfolgreichen Abschluss der Sekundarstufe hindern. Aktuellen Schätzungen zufolge erreichen derzeit nur 15 % der Schüler, die in die Sekundarstufe eintreten, einen mittleren Bildungsabschluss und nur 5 % einen höheren Bildungsabschluss der Sekundarstufe II. Eine Fach- oder Berufsausbildung absolvieren zumeist nur männliche Schüler, die zumindest die achte Klasse abgeschlossen haben. Dadurch bleiben bestimmte Gruppen von Schülern, insbesondere ärmere Schüler und vor allem Mädchen, von einem mittleren Bildungsabschluss ausgeschlossen. Einer Schätzung aus dem Jahr 2000 zufolge haben lediglich 5 % der Erwerbsbevölkerung in Bangladesch mindestens die neunte Klasse im formalen Bildungssystem abgeschlossen. Zwar wurden mit Unterstützung der Regierung und verschiedener Geber mehrere Stipendienprogramme eingerichtet, doch existiert bislang kein einheitlicher bildungspolitischer Plan für die Entwicklung der Sekundarbildung in Bangladesch.

Beschäftigung

Die Zahl der Arbeitslosen hat mit derzeit geschätzten 30 Millionen Menschen einen Rekordstand erreicht. Rund 40 % der 66 Millionen Menschen zählenden Erwerbsbevölkerung

⁶ Quelle: Regierung von Bangladesch und Vereinte Nationen, „Millenium Development Goals: Bangladesh Progress Report“, Dhaka 2005. Der UNESCO zufolge (UNESCO (Hrsg.), „Education for All. Global Monitoring Report 2005“, Paris 2004), beträgt die Alphabetisierungsquote 88 %.

sind unterbeschäftigt, 3-4 % vollständig arbeitslos. Bei über einer Million neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräfte pro Jahr nimmt die Zahl der nichtproduktiven Arbeitskräfte weiter zu, während die offiziellen Beschäftigungssektoren des Landes kaum in der Lage ist, den neu hinzukommenden Arbeitssuchenden Arbeit zu bieten. Die große Mehrheit der Erwerbsbevölkerung ist in der Schattenwirtschaft tätig, was für sie bedeutet, dass sie mit niedrigen Einkommen, schlechten Arbeitsbedingungen und fehlender sozialer Absicherung zurechtkommen müssen. Die **Arbeitslosenzahlen** sind von 1,9 % in den 1980er Jahren auf rund **4,0 % in den letzten zehn Jahren** gestiegen, besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit weiterhin unter den jungen Menschen. Zu den weiteren prägenden Merkmalen des Arbeitsmarktes gehören die unzureichende Absicherung durch die bestehenden Sozialschutzsysteme, die mangelhafte Umsetzung zentraler Arbeitnehmerrechte wie Verbot von Kinderarbeit und Recht auf gewerkschaftliche Organisation, sowie die anhaltende Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Hinblick auf Beschäftigung und Einkommen, wengleich der Anteil der Frauen an der bezahlten Erwerbstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe gestiegen ist. Die meisten Menschen sind mit 51,7 % der erwerbsfähigen Bevölkerung im Agrarsektor beschäftigt, gefolgt vom Dienstleistungssektor (einschließlich Gesundheitswesen, Bildungssystem, öffentliche Verwaltung, Banken und Transportgewerbe) mit 34,6 %. Die übrigen 13,7 % der Erwerbstätigen sind in verschiedenen gewerblichen Wirtschaftszweigen tätig.

Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

Wie aus dem von der Regierung Bangladeschs und dem UNDP vorgelegten Bericht über die Fortschritte Bangladeschs im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele (GoB/UNDP Bangladesh MDG Progress Report) vom Februar 2005 hervorgeht, hat Bangladesch große Probleme, die selbst gesetzten Zielvorgaben im Hinblick auf die wichtigen Millenniums-Entwicklungsziele zur Beseitigung von Hunger und extremer Armut, Verringerung der Kindersterblichkeit und Verbesserung der Gesundheit der Mütter zu erreichen.

Die ungünstigen Aussichten Bangladeschs in Bezug auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele werden auch im Bericht der AseB „MDGs: Progress in Asia and the Pacific 2006“ hervorgehoben, in dem große Besorgnis geäußert wird, da Bangladesch weiter zurückgefallen ist und sowohl beim Fortschrittsindex als auch beim jüngsten Statusindex negative Ergebnisse erzielt hat. Besonders hervorgehoben werden die wachsenden Ungleichheiten (steigender GINI-Koeffizient), die hohen Schulabbruchsquoten, die die guten Einschulungsquoten unterminieren, die Unterschiede zwischen Stadt und Land beim Zugang zur Bildung, die Chancenungleichheiten vor allem im tertiären Bildungssektor, die alarmierende Unterernährung von Kindern, die nachlassende Abwasserentsorgung in den Städten und eine katastrophale Umweltsituation. Arbeitsplatzverluste im Konfektionsbekleidungssektor infolge des Verlusts des präferenziellen EU-Marktzugangs nach dem Auslaufen des Multifaserabkommens könnten die im Verlauf des Jahres erzielten Fortschritte bei der Gleichstellung gefährden. Zugleich ist klar, dass gerechtes Wachstum und soziale Entwicklung nur verwirklicht werden können, wenn Bildungswesen und Gesundheitsdienstleistungen besser als bisher auf die Bedürfnisse der armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen eingehen. Im Gesundheitssektor müssen hierfür die richtigen politischen Entscheidungen getroffen und die Mittel für das Gesundheitswesen deutlich aufgestockt werden. Im Bildungswesen müssen Investitionen über den Grundschulbereich hinaus getätigt werden, um den für ein höheres Wirtschaftswachstum benötigten Bestand an ausgebildeten Arbeitskräften zu schaffen. Damit die Jugendlichen Beschäftigungsmöglichkeiten und menschenwürdige Arbeit finden, müssen das Berufsbildungssystem verbessert und bessere Voraussetzungen für den Übergang von der Schule in den Beruf geschaffen werden. Das enorme Finanzierungsdefizit in beiden Sektoren

lässt sich jedoch nur überbrücken, wenn es gelingt, zusätzliche externe Ressourcen zu mobilisieren.

2.4. Umweltsituation

Die bangladeschische Regierung führt die Berücksichtigung von Umweltbelangen unter vier zentralen Begleitstrategien ihres Strategiepapiers zur Armutsbekämpfung. Aus den vorliegenden Daten geht eindeutig hervor, dass sich die natürlichen Grundlagen von Bangladesch kontinuierlich verschlechtern. Der **Wasserhaushalt** des Landes entspricht mit Abstand nicht dem erwarteten Bedarf. Die Weltbank schätzt den derzeitigen Verbrauch auf 10 000 Mio. Liter täglich. Bis 2050 wird mit einem Anstieg auf 35 000 Mio. Liter/Tag gerechnet, mithilfe von Bewässerungssystemen müssen zusätzliche 20 Mio. Tonnen Nahrungsmittel erzeugt werden. Dass die Flüsse weniger Wasser führen und zugleich Überschwemmungen häufiger auftreten, ist sehr wahrscheinlich der grenzübergreifenden Abholzung der Wälder und einer veränderten Bodennutzung zuzuschreiben, aber auch einer vermehrten Wasserentnahme aus dem Ganges durch Indien.

Die Probleme bei der Wasserversorgung werden durch industrielle Verschmutzung der Gewässer, unbehandelte Abwässer und die Kontaminierung des Grundwassers durch Arsen noch verschlimmert. Bereits jetzt hat Bangladesch während Trockenperioden Schwierigkeiten, den Inlandsbedarf zu decken; Wasser steht dann nur unregelmäßig zur Verfügung und die Qualität des Wassers geht drastisch zurück. Wird die derzeitige Form der Wasserbewirtschaftung beibehalten, so dürfte es in Zukunft schwierig werden, den Bedarf, unter anderem für die Bewässerung, zu decken. Hiermit verbunden ist auch die Problematik der Fragmentierung der Lebensräume für Fische, abnehmender Fischbestände und des Artensterbens. Eine zukunftsfähige Lösung bietet die Speicherung von Oberflächenwasser, für deren Erfolg allerdings zunächst hohe Investitionen und eine verbesserte Abwasserbewirtschaftung notwendig sind. Voraussetzung für beides sind eine bessere Verwaltungsführung und vermehrte Rechenschaftspflicht auf lokaler Ebene. Die Gesundheitspolitik der Regierung trägt den engen Zusammenhängen zwischen Gesundheit und Umweltqualität nicht in angemessener Weise Rechnung.

Als Folge beginnender Wüstenbildung und des durch die globale Erwärmung zu erwartenden Anstiegs des Meeresspiegels wird die landwirtschaftlich nutzbare Fläche insgesamt zurückgehen. Rückläufige Erträge und der steigende Bedarf an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln lassen erwarten, dass auch die Qualität der Böden leiden wird. Häufige Naturkatastrophen und der zunehmende Einfluss des **Klimawandels**, der in den kommenden Jahren dazu führen dürfte, dass noch häufiger als bisher extreme Wetterbedingungen eintreten und dass durch den Anstieg des Meeresspiegels die Landfläche weiter abnimmt, verschärfen die Problematik zusätzlich. Für ein erfolgreiches Katastrophenmanagement muss eine Verlagerung der Maßnahmen von der Katastrophenhilfe hin zu Katastrophenschutz und Katastrophenbewältigung stattfinden. Der Klimawandel wird Bangladesch treffen, und da die nach dem Kyoto-Protokoll vorgesehenen Begrenzungsmaßnahmen ohnehin zu gering ausfallen und zu spät greifen, bleibt Bangladesch als einzige Möglichkeit, sich an den Wandel anzupassen und sich gezielt darauf vorzubereiten. Darüber hinaus muss das Land vom Menschen verursachte Umweltprobleme wie die rasche Verstädterung und die industrielle Umweltverschmutzung bewältigen. Eine umfassende Langzeitstrategie hierfür muss noch eingeführt werden (weitere Einzelheiten hierzu enthält das Umweltprofil (Environmental Profile) in Anhang 9).

3. DIE POLITISCHE AGENDA FÜR BANGLADESCH IM ÜBERBLICK

3.1. Die politische Agenda

Mehrere aufeinander folgende Regierungen haben sich nur begrenzt dafür eingesetzt, die Korruption zu bekämpfen, die damit auch weiterhin ein Haupthindernis für eine verantwortungsvolle Staats- bzw. Verwaltungsführung in Bangladesch bleibt. Die im November 2004 eingesetzte **Antikorruptionskommission** ist mit einer Reihe investigativer und präventiver Befugnisse zur Korruptionsbekämpfung ausgestattet. Bereits die Anfangsphase ihrer Arbeit war allerdings durch rechtliche und organisatorische Probleme und Fragen hinsichtlich ihrer politischen und finanziellen Unabhängigkeit gekennzeichnet. Angesicht der Vielzahl von Korruptionsfällen, die um die Aufmerksamkeit dieser Kommission wetteifern – allein rund 17 000 Fälle waren vom Büro für Kommunikationsbekämpfung zu übernehmen – kommt es entscheidend darauf an, dass es der Korruptionsbekämpfungskommission möglichst schnell gelingt, Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit auszuräumen. Durch die Unterzeichnung und Ratifizierung des UN-Übereinkommens gegen Korruption würde ebenfalls ein wichtiges Signal für die Entschlossenheit Bangladeschs zur Bekämpfung dieses Übels gesetzt.

Die Regierung hat ihr Wahlversprechen, eine **Nationale Menschenrechtskommission** einzusetzen, noch nicht eingelöst. Nachdem ein bereits 2001 erarbeiteter Gesetzentwurf ad acta gelegt worden war, forderte der High Court die Regierung auf zu erklären, weshalb die Menschenrechtskommission immer noch nicht existiert. Mit der zügigen Einsetzung einer Menschenrechtskommission nach den in Paris vereinbarten Grundsätzen für Unabhängigkeit und Funktionsweise derartiger Organe würde die Regierung ihre seit geraumer Zeit bestehende Zusage verwirklichen und den Bemühungen um die gesicherte uneingeschränkte Wahrung der Menschenrechte Glaubwürdigkeit verleihen. Auch die Position eines **Ombudsmanns** wurde – ungeachtet der von der Regierung bekundeten positiven Absichten, den Bestimmungen der Verfassung und des Parlamentsgesetzes von 1980 nachzukommen – bisher nicht besetzt.

Obwohl vom Supreme Court bereits 1999 eine entsprechende Anordnung erlassen worden war, führten wiederholte Aufschübe und Anträge auf Fristverlängerung mehrerer aufeinander folgender Regierungen dazu, dass Maßnahmen zur **Trennung von Judikative und Exekutive** – auch im Hinblick auf die Ernennung von Richtern – immer noch nicht eingeleitet wurden. Die Beratungen der Regierung mit der Zivilgesellschaft und den Gebern über die Durchführung einer **Reform des NRO-Sektors**, die auch die Einführung eines geeigneten gesetzlichen Rahmens beinhalten soll, hatten noch keine Änderung der einschlägigen Rechtsvorschriften zu Folge.

3.2. Wirtschaft und Handel

Nachdem über die Auswirkungen des Endes der Quotenregelung im Zuge des Multifaserabkommens noch kein klares Bild vorliegt (siehe vorläufige Analyse auf Seite 6), hat die Regierung noch keine eindeutige Strategie zur Vorbereitung auf die möglichen Folgen aufgestellt. Im Frühjahr 2004 wurde von der Regierung ein nationaler Koordinierungsausschuss unter dem Vorsitz des Principal Secretary des Premierministers eingesetzt, der sich mit den zu erwartenden Herausforderungen befassen soll. Die bisher vorliegenden Empfehlungen sehen den Ausbau der Hafenanlagen und die Errichtung eines zentralen Zolllagers vor, um die Vorlaufzeiten für die Beschaffung von Stoffen zu verkürzen.

Die Regierung kam diesen Empfehlungen nicht nach, entwickelte jedoch 2004 ein auf 40 Mio. USD veranschlagtes „Aktionsprogramm für die Nach-MFA-Zeit“, das sich in Teilen im vorliegenden Länderstrategiepapier (Abschnitt über handelbezogene technische Hilfe, TRTA) und in anderen Geberprogrammen wiederfindet.

Nach dem Einsturz des Fabrikgebäudes des Textilunternehmens Spectrum wird verstärkt auf die Einhaltung wesentlicher Arbeitsstandards und weiter gefasste Fragen der sozialen Verantwortung der Unternehmen geachtet, die als für eine zukunftsfähige Entwicklung unverzichtbar angesehen werden. Unter dem Vorsitz des Handelsministers wurde ein „Nationales Forum für die Einhaltung von Sozialstandards in der Textil- und Bekleidungsindustrie“ eingerichtet und eine Taskforce gebildet, die dem Forum über spezifische Probleme berichtet, welches dann über Wege zur Lösung dieser Probleme berät.

Auf multilateraler Ebene geht es Bangladesch mit Blick auf den Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde unter anderem darum, dass die Folgen des Abbaus der Präferenzregelungen bei Zolltarifen im Zusammenhang mit dem Marktzugang für Nicht-Agrarerzeugnisse bedacht werden, außerdem um die möglichen Folgen eines Anstiegs der Baumwollpreise (im Falle eines Subventionsabbaus) für die Wettbewerbsfähigkeit Bangladeschs im Bekleidungssektor, den Anstieg der Lebensmittelpreise infolge der Liberalisierung der Agrarmärkte angesichts der Tatsache, dass Bangladesch zu den Nettoeinfuhrländern von Lebensmitteln zählt, sowie um die Notwendigkeit, in den Verhandlungen über den Handel mit Dienstleistungen in Drittländern (Mode 4-Verhandlungen) eine positive Bewegung herbeizuführen.

3.3. Entwicklungspolitik

Die Entwicklungspolitik der Regierung von Bangladesch ist im **Strategiepapier zur Armutsbekämpfung** (Poverty Reduction Strategy Paper, PRSP) für die Haushaltsjahre 2004/2005 bis 2006/2007 festgelegt.⁷ Ausgangspunkt des PRSP ist das offene Eingeständnis, dass Bangladesch zwar in den letzten Jahren im Hinblick auf ein zukunftsfähiges Wachstum lobenswerte Fortschritte und mit Blick auf die Millenniums-Entwicklungsziele immerhin Fortschritte erzielt hat, dass jedoch weiterhin ein hohes Maß an sozialer Ungleichheit im Lande besteht, denn aus den Statistiken geht hervor, dass die geschlechtsspezifische Diskriminierung anhält, was sich an kontinuierlich hohen Müttersterblichkeits- und -unterernährungsraten unschwer ablesen lässt. Weitere Fortschritte werden daher davon abhängen, inwieweit es gelingt, Wirtschaftswachstum mit vermehrter sozialer Eingliederung zu koppeln. Da Jahr für Jahr fast eine Million neue Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt drängen und das Wachstum nur eine geringe Beschäftigungselastizität aufweist, muss der Schaffung von Arbeitsplätzen auch weiterhin höchste strategische Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im PRSP wird ein turnusmäßiger Dreijahresplan für die Armutsbekämpfung zusammen mit einer auf zehn Jahre angelegten „mittelfristigen strategischen Agenda für Bangladesch für das Ziel eines schnelleren Abbaus der Armut“ dargestellt, die sich auf acht Kernbereiche stützt: Beschäftigung, Ernährung, Müttergesundheit, sanitäre Einrichtungen und sichere Wasserversorgung, ein qualitativ hochwertiges Bildungssystem (Primar- und Sekundar- sowie Berufsbildung), Strafjustiz, lokale Verwaltungsführung und Monitoring. Im PRSP werden hierfür acht spezifische Vorgehensweisen aufgezeigt – vier strategische Blöcke und vier Begleitstrategien –, mit denen das Ziel eines schnelleren Abbaus der Armut erreicht werden soll:

⁷ „Unlocking the Potential: National Strategy for Accelerated Poverty Reduction“, November 2005.

- Schaffung günstiger makroökonomischer Rahmenbedingungen, die ein rasches Wachstum sicherstellen, wobei der Schwerpunkt darauf liegt, ein stabiles gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht und ein besseres Regelungsumfeld zu schaffen, höhere private Investitionen und einen erhöhten Zufluss von ADI zu erreichen, wirksame handels- und wettbewerbspolitische Maßnahmen einzuführen und bei der Umsetzung des Haushaltsverfahrens auf die Erfordernisse der armen Bevölkerung und die Gleichstellung von Frauen und Männern einzugehen.
- Bestimmung der entscheidenden Sektoren, mit deren Hilfe der Nutzen des Wachstumsprozesses zugunsten der armen Bevölkerungsgruppen maximiert werden kann, wobei der besondere Schwerpunkt auf der ländlichen Wirtschaft, der Landwirtschaft, dem informellen Sektor und dem KMU-Sektor liegt, sowie die Schaffung besserer Verbindungen durch Elektrifizierung der ländlichen Gebiete, Straßenbau und Telekommunikationseinrichtungen.
- Maßnahmen nach Art des „Safety Net“, die durch zielgerichtete Anstrengungen die arme Bevölkerung, insbesondere die Frauen, vor vorhersehbaren und nicht vorhersehbaren Einkommens-/Konsumschocks schützen.
- Entwicklungsmaßnahmen zugunsten der armen Bevölkerung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, sanitäre Einrichtungen, sauberes Wasser, Ernährung und soziale Maßnahmen.
- Beteiligung und Entwicklung der armen Bevölkerung, insbesondere der Frauen und anderer benachteiligter und marginalisierter Bevölkerungsgruppen wie Behinderte, Angehörige ethnischer Minderheiten, durch Umweltrisiken gefährdete Gruppen usw.
- Förderung einer verantwortungsvollen Staats- und Verwaltungsführung durch verbesserte Umsetzungskapazitäten, Förderung der lokalen Verwaltungsführung, Bekämpfung der Korruption, besseren Zugang zur Justiz für die arme Bevölkerung und bessere Entscheidungsstrukturen für die einzelnen Sektoren.
- Verbesserte Erbringung von Dienstleistungen zur Deckung der Grundbedürfnisse.
- Umweltschutz und Nachhaltigkeit.

Im PRSP wird auch darauf hingewiesen, dass sich der Erfolg der Strategie zur Armutsbekämpfung an drei kritischen Aspekten entscheidet, die weiterverfolgt werden müssen: der Umsetzung der Strategie und der Bildung von Koalitionen, einer auf die Verwirklichung ihrer Ziele ausgerichteten Kostenkalkulation und Ressourcenmobilisierung sowie dem Benchmarking und der Überwachung der dabei erzielten Fortschritte.

Das Strategiepapier, das von den Gebern positiv aufgenommen wurde, wurde auf dem Forum zur Umsetzung des PRSP vom 15.-17. November 2005 von Regierung und Gebern eingehend erörtert. Die internationale Gemeinschaft begrüßte die Schwerpunktsetzung auf Fragen der verantwortungsvollen Staatsführung und kündigte ihre Unterstützung für das zentrale Ziel der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele an. Auch die Verknüpfung von Investitionen, Wirtschaftswachstum, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Verringerung der Einkommensarmut wurde befürwortet. Zugleich verwiesen die Geber darauf, dass die Kosten für die aus Staatsmitteln finanzierten Ausgaben zur Armutsbekämpfung und deren Verbindung zu politischen Prioritäten mittels Jahreshaushaltsplänen und eines mittelfristigen Ausgabenrahmens klar bestimmt werden müssten. Man hofft, dass die 2007 antretende Regierung auf den elf Hauptaktionspunkten aufbauen wird, die die von der BNP angeführte Regierung vorgeschlagen hat (Einzelheiten siehe Anhang 8 D), oder einen ähnlichen Mechanismus einführen wird, um bei der Umsetzung des PRSP rasch und effizient voranzukommen.

4. ÜBERBLICK ÜBER DIE BISHERIGE UND GEGENWÄRTIGE VORGEHENSWEISE DER KOMMISSION IM HINBLICK AUF ZUSAMMENARBEIT, KOORDINIERUNG UND KOHÄRENZ

4.1 Die Hilfe der EG

Die EG leistet seit 1976 Hilfe für Bangladesch. Die Partnerschaft hat sich im Laufe der Jahre weiterentwickelt und mit dem Kooperationsabkommen der dritten Generation 2001 eine neue Ebene erreicht. Die Zusammenarbeit wurde auf den Dialog über Entwicklung, Handel und Fragen der verantwortungsvollen Staatsführung erweitert. Bislang hat Bangladesch rund 1,7 Mrd. EG-Hilfe erhalten, damit stellt dies die zweitgrößte Kooperation in Asien dar. Nachdem die Hilfe über Jahre hinweg gezielt auf die Sicherung der Grundversorgung in den Bereichen Gesundheit und Bildung ausgerichtet war, wurde mit dem Länderstrategiepapier (LSP) 2002-2006 das Spektrum der Maßnahmen auf den sozialen und den wirtschaftlichen Bereich sowie auf Fragen der Staats-/Verwaltungsführung ausgeweitet. Das Länderstrategiepapier wurde in zwei Stufen umgesetzt – in Form des nationalen Richtprogramms (NRP) 2003-2005, das sich im Wesentlichen auf Programme für den sozialen Sektor konzentrierte, sowie eines umfangreichen TRTA-Pakets und mit dem NRP 2006, in dem die Problemstellung nach Auslaufen des MFA und die Themen Menschenrechte sowie Staats-/Verwaltungsführung verstärkt in den Vordergrund gestellt wurden. Die Maßnahmen im Rahmen der NRP wurden durch eine Reihe von thematischen/regionalen Programmen ergänzt, bei denen in finanzieller Hinsicht und mit Blick auf die Folgewirkungen das Thema Ernährungssicherheit im Mittelpunkt stand (weitere Einzelheiten siehe Anhang 4).

4.2. Bisherige Erfahrungen

Die Länderstrategien und Ernährungssicherungsprogramme der Kommission wurden im Rahmen von zwei externen **Evaluierungen** bewertet. Fazit der Evaluierungen war, dass mit den Maßnahmen der Kommission im sozialen Sektor, vor allem im Bildungs- und im Gesundheitswesen, ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung des Landes geleistet wurde, was sich anhand hoher Einschulungsquoten und des verbesserten Zugangs zur Gesundheitsversorgung belegen lässt. Gute Ergebnisse wurden in den Bereichen erzielt, in denen die Kommission direkt – über Nichtregierungsorganisationen (NRO) – operierte, so z. B. in den Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, zur Ernährungssicherung und für Katastrophenhilfe und Wiederaufbau. Bei Programmen, die umfangreiche Sektorreformen beinhalteten, bei denen die Verwaltung schwierig war und die ein hohes Maß an politischem Engagement voraussetzten, fielen die Ergebnisse weniger gut aus. Die bei den Evaluierungen formulierten Empfehlungen wurden bei der Konzeption des NRP 2006 berücksichtigt und finden auch im LSP 2007-2013 ihren Niederschlag. Die wichtigste Schlussfolgerung lautete, dass die Kommission – angesichts des entscheidenden Einflusses dieser Aspekte auf die sozioökonomische Entwicklung und die Effektivität der Hilfe – bei ihrer künftigen Strategie einer verantwortungsvollen Staats- und Verwaltungsführung und Menschenrechtsfragen einen höheren Stellenwert einräumen sollte. Weiter wurde empfohlen, die Unterstützung bei der Bewältigung der Herausforderungen, die sich aus dem Auslaufen des MFA ergeben, zu verstärken. Bei der 2004 durchgeführten **Halbzeitüberprüfung des LSP** bestätigten sich diese Erkenntnisse. Daraufhin wurde im NRP 2006 das „Post-MFA“-Paket verstärkt und es wurden verschiedene Interventionen zu den Aspekten Staats-/Verwaltungsführung und Menschenrechte eingeführt. Der Schwerpunkt auf Staats-/Verwaltungsführung und Handelsfragen wird in der nächsten Strategie noch verstärkt: beide

Bereiche sind hier – neben der menschlichen und der sozialen Entwicklung – als Hauptschwerpunkte ausgewiesen.

Eine grundlegende Erkenntnis aus der Umsetzung der Strategie 2002-2006 betrifft die **geringe Absorptionskapazität** der staatlichen Einrichtungen, die dazu führte, dass nur ein relativ niedriges Auszahlungsniveau erreicht wurde. Von diesem Problem sind – wie aus Anhang 5 ersichtlich – alle Geber betroffen. Ursache sind eine Reihe von Faktoren, darunter die unzureichenden institutionellen Kapazitäten, Probleme bei der Verwaltung der Hilfen und der fehlende Wille zu politischen Reformen. Das letztgenannte Phänomen trat insbesondere beim ersten Sektorprogramm für den Gesundheitssektor (HPSP) zutage, bei dem sich die Kommission gezwungen sah, die Mittelbindung für die Hälfte ihres Beitrags von ursprünglich 66 Mio. EUR wieder aufzuheben, nachdem nach den Wahlen 2001 die neue Regierung zuvor vereinbarte Reformen wieder zurücknahm. Ähnlich der Ablauf bei der Durchführung des ersten Teilsektorprogramms für den Bereich der Primarbildung (PEDP-I), die durch mangelnde Eigenverantwortung der Regierung behindert wurde. Für die künftige Strategie lässt sich hieraus die Erkenntnis ableiten, dass es darauf ankommt, die Mitwirkung der Regierung bereits in einem frühen Stadium der Programmkonzeption sicherzustellen, um ein hohes Maß an Eigenverantwortung zu erreichen. Dies erscheint umso realistischer als die im LSP 2007-2010 vorgeschlagenen Interventionen die im PRSP formulierten Reformpläne der Regierung widerspiegeln.

Positiv ist festzuhalten, dass durch die **Sektorprogramme** die **Koordinierung der Geber** und die Kohärenz der Interventionen der Geber deutlich verbessert wurden. Auch wurde durch die ausgeprägte Partnerschaft unter den Gebern eine deutlich bessere Wirksamkeit von Programmen erreicht, deren Umsetzung sonst auf politische Schwierigkeiten gestoßen wäre. Die Schwierigkeiten bei den Sektorprogrammen und die geringe Absorptionskapazität sowie die 2006/2007 anstehenden Parlamentswahlen lassen allerdings Vorsicht geboten erscheinen. Für die Umsetzung von LSP und MRP wurde daher – insbesondere im Hinblick auf die Priorität „Staats-/Verwaltungsführung“ – ein hohes Maß an Flexibilität eingeplant und ein ausgewogenes Verhältnis von Sektorprogrammen und spezifischen Projekten vorgesehen, um einen kontinuierlichen Fluss der Finanzhilfe zu gewährleisten. Zudem ermöglicht die **Halbzeitüberprüfung** der beiden MRP gegebenenfalls eine Anpassung der vorgesehenen Vorgehensweise an neue Entwicklungen in den einzelnen Sektoren.

4.3. Zusammenarbeit mit anderen Gebern

Die Besonderheit der sektorbezogenen Programme hat zu einem grundlegenden Wandel in den Beziehungen zur internationalen Gebergemeinschaft geführt, denn die Durchführung von mehreren Gebern gemeinsam finanzierter Programme setzt eine enge Koordinierung und Abstimmung der Konzepte voraus. Die Weltbank und die Asiatische Entwicklungsbank wurden aufgrund ihrer Koordinierungsfunktion bei den Sektorprogrammen für den Gesundheitssektor und die Primarbildung zu privilegierten Partnern der Kommission. Weitere enge Partnerschaften bestehen zu DFID und UNDP. Mit dem DFID arbeitete die Kommission bei Konzeption und Durchführung von Entwicklungsprogrammen für den privaten Sektor im Zusammenhang mit dem Auslaufen des MFA eng zusammen. Das UNDP war privilegierter Partner bei der Durchführung von Programmen in den Bereichen Staats-/Verwaltungsführung und Menschenrechte.

Die Geberlandschaft in Bangladesch wird in besonderem Maße durch die vier größten Geber, die Asiatische Entwicklungsbank, das DFID, Japan und die Weltbank geprägt. Sie sind eine

strategische Partnerschaft eingegangen, um die Effizienz und Effektivität ihrer Entwicklungsfinanzierung zu erhöhen. Ausgehend von einer gemeinsamen Bewertung legten diese vier Geber im April/Mai 2006 ihre Länderstrategien für Bangladesch (Country Assistance Strategies, CAS) vor, die auf 24 gemeinsame strategische Ergebnisse ausgerichtet sind, welche sich zum Teil mit den Entwicklungsprioritäten der Kommission decken. Im Bereich der Staats-/Verwaltungsführung beabsichtigt die Kommission, ihre Strategie eng mit der Weltbank und anderen Gebern abzustimmen, die sich an der Finanzierung umfangreicher Reformprogramme beteiligen wollen. Schritte in diese Richtung wurden bereits im Hinblick auf die Unterstützung der Dezentralisierung unternommen. Darüber hinaus hat die Kommission zwecks Vorbereitung eines „EU-Fahrplans“ für die Koordinierung und Harmonisierung bereits Kontakte zu einigen Mitgliedstaaten aufgenommen.

4.4 Von anderen Gebern finanzierte Maßnahmen

Effiziente Energie- und Verkehrsnetze sind für die Entwicklung des Landes genauso wichtig wie die Unterstützung der sozialen Sektoren. Auch dies ist eine der zentralen Schlussfolgerungen der Bedarfsbewertung im Hinblick auf eine handelsbezogene Unterstützung (Trade Needs Assessment), bei der die unzureichende Energie- - und Verkehrsinfrastruktur als Haupthindernis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen ermittelt wurde. Über die Jahre haben verschiedene Geber (AsEB, Japan, Weltbank und die deutsche GTZ) in der Unterstützung des Landes beim Aufbau des Energie- und des Verkehrssektors durch die Gewährung von Krediten und technischer Hilfe eine zentrale Rolle gespielt. Die AsEB übernahm die Federführung eines groß angelegten Projekts, mit dem die Effizienz des Hafens Chittagong verbessert werden soll. Die AsEB, die KfW, Japan und die Weltbank engagieren sich für den Ausbau des Straßennetzes und Deutschland unterstützt massiv die Nutzung erneuerbarer Energien und Energieeffizienzsysteme. Da die Kommission keine Kredite gewähren darf, wird sie sich weiterhin darum bemühen, diese Interventionen gemeinsam mit anderen Partnern durch komplementäre Programme zu ergänzen, die dazu dienen, ein besseres Investitionsklima zu schaffen und so indirekt private Investitionen in die Infrastruktur anzuregen. Das Unterstützungsprogramm der Kommission für den Handel fördert die Effizienz im Speditionsgewerbe durch Mithilfe bei der Revision des Regelungsrahmens für den Sektor.

5. DIE REAKTIONSSTRATEGIE DER KOMMISSION (INTERVENTIONSSEKTOREN)

Im Einklang mit dem Kooperationsabkommen mit Bangladesch und dem Engagement der Kommission für eine globale Partnerschaft zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele ist die Länderstrategie darauf ausgerichtet, durch rasches Wirtschaftswachstum, stärkere soziale Eingliederung der armen Bevölkerungsgruppen und die Schaffung von Arbeitsplätzen unter Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten die Armut in Bangladesch zu verringern. Die Unterstützung der Kommission im Zeitraum 2007-2013 basiert in allen wesentlichen Aspekten auf der eigenen Entwicklungsstrategie der Regierung von Bangladesch, dem **Strategiepapier zur Armutsbekämpfung** (PRSP), und definiert somit eine verantwortungsvolle Staatsführung als die erforderliche Grundlage, ohne welche diese Entwicklung nicht stattfinden kann.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Kommission ihre Entwicklungsbemühungen und auch ihre Mittel konzentrieren muss, liegt der Schwerpunkt der Länderstrategie für die Jahre 2007-2013 auf drei zentralen strategischen Bereichen (*Schwerpunktbereichen*), die sich auch

im PRSP wiederfinden, nämlich der **menschlichen und sozialen Entwicklung**, der **verantwortungsvollen Staatsführung** und der **Entwicklung der Wirtschaft und des Handels**. Diese Prioritäten stehen auch mit dem „Europäischen Konsens“⁸ über die Prioritäten der Entwicklungspolitik im Einklang, in dem verantwortungsvolle Staatsführung, Achtung der Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung als zentrale Aspekte der Entwicklungspolitik der EU genannt werden. In diesen drei Schwerpunktbereichen hat die Kommission zudem im Laufe der Jahre solide Fachkenntnisse und allgemeine Kenntnisse erworben und ist daher in der Lage, mit ihren Programmen einen Zusatznutzen herbeizuführen.

Dieser „Policy Mix“ wird durch *zwei Nicht-Schwerpunktbereiche* ergänzt, nämlich den Bereich der **Ernährungssicherheit**, in dem die Kommission mithelfen wird, Sicherungssysteme für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen zu schaffen, und den Bereich **Umweltschutz/Katastrophenmanagement**, in dem mittels kleinerer Interventionen daran gearbeitet wird, die Fähigkeit zur Vorbereitung auf erhöhte Umweltgefahren zu verbessern.

Es ist davon auszugehen, dass diese Interventionsbereiche durch einige der **thematischen/globalen Programme** der Kommission ergänzt werden (Ernährungssicherungsprogramm, Programm zur Förderung von Demokratie und Menschenrechten, Migrations- und Asylprogramm, Hilfsprogramm für entwurzelte Menschen, Regionalprogramm für Asien, Globalprogramm für Umwelt und natürliche Ressourcen, einschließlich Energieträger, Programm für Migration und Asyl).

Das LSP wird in zwei Phasen mit zwei getrennten MRP für die Zeiträume 2007-2010 und 2011-2013 umgesetzt. Bei den Durchführungsmodalitäten wird sich die Kommission aktiv für ein mit den übrigen Gebern abgestimmtes Vorgehen mit Sektorprogrammen bzw. Programmen nach Art der Sektorprogramme einsetzen. Bei derartigen Programmen und anderen größer dimensionierten Programmen tritt die Kommission für die Anwendung gemeinsam festgelegter Bezugsgrößen ein, so dass eine zügige Umsetzung der vereinbarten Reformen belohnt werden kann. Während bei allen Interventionen sorgsam auf die Abstimmung mit den von der Regierung in ihrem PRSP eingegangenen Verpflichtungen geachtet wurde, wäre es verfrüht, eine Aussage zu Größenordnung und Reichweite der Reformen zu machen, welche die Regierung nach den Wahlen des Jahres 2007 zusagen kann. Angesichts dieses Unsicherheitsfaktors werden die Programme, soweit dies möglich ist, untereinander verbunden, um ihre Effektivität zu gewährleisten. Eine Haushaltsbeihilfe wird in der ersten Durchführungsphase nicht für angebracht gehalten, könnte jedoch im zweiten MRP in Betracht gezogen werden.

Schwerpunktbereiche:

5.1. Menschliche und soziale Entwicklung

Über die primäre Begründung hinaus, dass Investitionen in den sozialen Sektoren zwingend notwendig sind, um die Zielvorgaben des PRSP und die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen, kann die Kommission weit reichende Erfahrung in den sozialen Sektoren bei der Umsetzung des Sektorprogramms für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung (HPNSP) und des Programms zur Entwicklung des Primarschulsystems (PEDP) vorweisen. Die

⁸ ABl. vom 24.2.2006 (2006/C46/01).

Kommission wird daher Mittelbindungen für den Gesundheits- und den Bildungssektor in beträchtlicher Höhe beibehalten, um Kontinuität und Vorhersagbarkeit ihrer Hilfszusagen für die Reformen in beiden Sektoren sicherzustellen. Zugleich muss mit Blick auf Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung auf die kritischen Punkte „Schaffung von Arbeitsplätzen“ und „menschenswürdige Arbeit“, insbesondere für junge Menschen, geachtet werden.

Die Kommission wird sich während der gesamten Laufzeit des LSP weiterhin im Bildungssektor engagieren, die entsprechenden Programme werden mit den MRP 2007-2010 und 2011-2013 umgesetzt. Da das Programm zur Entwicklung des Primarschulsystems (PEDP) noch bis 2010 läuft, wird der Schwerpunkt des ersten MRP auf dem Bereich der Sekundarbildung liegen (Einzelheiten siehe unten). Das Langzeitziel der Förderung eines Sektorprogramms, das sowohl den Primar- als auch den Sekundarbereich und darüber hinaus den Bereich der nicht-formalen Bildung umfasst, wird mit dem MRP 2011-2013 verfolgt. Im Gegenzug wird die Unterstützung für den Gesundheitssektor im zweiten MRP wieder aufgenommen, da aus dem LSP 2002-2006 noch bis 2010 beträchtliche Mittel in das Sektorprogramm für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung (HNPS) fließen werden.

Bildungswesen

Bildung schafft die grundlegenden Voraussetzungen für die Bekämpfung der Armut: Sie versetzt die Menschen in die Lage, ihre soziale, kulturelle und wirtschaftliche Situation zu verbessern und schafft bessere Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum. Weitere notwendige Bedingungen für eine anhaltende Verringerung der Armut sind Zugang zu einer hochwertigen Berufsausbildung, bessere Möglichkeiten für den Übergang von der Schule ins Erwerbsleben und die Bereitstellung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen. Das **übergeordnete Ziel** der Bildungskomponente des LSP besteht darin, Bangladesch dabei zu helfen, auf ein besser integriertes, qualitätsorientiertes Bildungssystem ohne soziale Ausgrenzung hinzuarbeiten. Die Kommission wird mit ihrer Unterstützung von drei Teilssektoren des Bildungswesens (formale Primarbildung, nicht-formale Bildung und Sekundarbildung) in Verbindung mit dem Sektordialog mit der Regierung und anderen Entwicklungspartnern Bangladesch dabei helfen, eine kohärenteres und effizienteres Bildungssystem zu schaffen, das eine bessere Grundlage für die Entwicklung der Menschen im Lande bietet.

Aufbauend auf den Erfahrungen aus dem Teilsektorprogramm für den Primarschulbereich und auf der Grundlage der Bemühungen um Partnerschaft und Harmonisierung im Rahmen des PEDP-II besteht das **spezifische Ziel** darin, auf ein gemeinsames Programmplanungs- und Finanzierungskonzept mit anderen Entwicklungspartnern hinzuarbeiten und – wenn möglich – die Regierung bei der Aufstellung eines Sektorkonzepts für den gesamten Bildungssektor zu unterstützen.

Die Indikatoren für die Verwirklichung dieser Ziele:

- besserer Zugang zur Primar- und Sekundarbildung, insbesondere für Kinder aus armen und unterprivilegierten Bevölkerungsschichten
- mehr und besser qualifizierte Lehrkräfte
- höhere Schulabschlussquoten im Primar- und Sekundarbereich, höhere Alphabetisierungsrate unter Jugendlichen

- Entwicklung eines umfassenden politischen Rahmenwerks für den Bereich der Primar- und Sekundarbildung
- effiziente und effektive Verwaltung von Bildungsdienstleistungen durch staatliche und nichtstaatliche Dienstleister
- vermehrte und erweiterte Zusammenarbeit unter den Entwicklungspartnern zu Unterstützung des Bildungssektors

Die im Rahmen dieser Strategie geleistete Unterstützung für den Primar- und Sekundarbereich wird durch das Programm Erasmus Mundus ergänzt, das auf den Ausbau der Kapazitäten von Drittland-Hochschulen durch die Weitergabe von Know-how und bewährter Methoden von Partnerhochschulen aus der EU abzielt.

Gesundheitswesen

Gesundheit steht im Zusammenhang mit den Millenniums-Entwicklungszielen 4, 5 und 6, die einen sich wechselseitig verstärkenden Rahmen für die Verbesserung der menschlichen Entwicklung insgesamt vorgeben, und gehört daher zu den Prioritäten des PRSP. In ihrem strategischen Investitionsplan für das Sektorprogramm für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung 2003-2010 definiert die Regierung ihre langfristigen Pläne, mit denen sie mehr Gerechtigkeit im Gesundheitssektor schaffen und erreichen will, dass Gesundheits-, Ernährungs- und Bevölkerungsdienste besser auf die Bedürfnisse von Frauen, Mädchen, Armen und Angehörigen von Minderheiten eingehen, und mit denen nicht zuletzt die Fruchtbarkeitsziffer auf das Reproduktionsniveau gesenkt werden soll. Neben dem Vorgehen gegen die durch Armut verursachten Gesundheitsprobleme sollen mit den Reformen die Gesundheitsdienste des Landes auch auf die neu entstehenden Bedrohungen für die Gesundheit (Zunahme der nicht-übertragbaren Krankheiten, Verletzungen und ein möglicher starker Anstieg der HIV-Prävalenz) vorbereitet werden.

Begleitend zum Reformkonzept der Regierung für den Gesundheitssektor besteht das **übergeordnete Ziel** der Kommission darin, den Gesundheitsstatus der Bevölkerung – insbesondere der armen Bevölkerungsgruppen, von Frauen und Kindern in ländlichen Gebieten und in städtischen Ballungsräumen – zu verbessern. Auch auf Gesundheitsprobleme, die auf andere Faktoren zurückzuführen sind, wie das Fehlen menschenwürdiger Arbeitsplätze und Umweltrisiken, muss eingegangen werden. Die Kommission wird das Sektorprogramm der Regierung für Gesundheit, Ernährung und Bevölkerung durch Beiträge zu einem von der Weltbank verwalteten Pool-Fonds und durch die Finanzierung von Projekten zu Themen unterstützen, für die innovative Strategien entwickelt werden müssen. Mithilfe der Pool-Finanzierung und des Projektansatzes verfolgt die Kommission mit ihrer Unterstützung für den Gesundheitssektor drei **spezifische Ziele**:

- Stärkung der Kapazitäten in Verwaltung und Aufsicht des öffentlichen Gesundheitswesens
- Diversifizierung im Gesundheitssektor durch die Entwicklung neuer Kanäle für die Erbringung von der öffentlichen Hand und privat finanzierter Dienstleistungen
- Ankurbeln der Nachfrage nach grundlegenden Dienstleistungen

Inwieweit diese Ziele erreicht wurden, wird anhand der folgenden Indikatoren gemessen:

- Verringerung der Sterbeziffer von Säuglingen und Kleinkindern unter 5 Jahren
- Verbesserung des Gesundheitsstatus von Schwangeren und Kindern

- Eindämmung der Krankheits- und Sterbeziffern aufgrund von TB, Malaria, HIV/AIDS und nichtübertragbaren Krankheiten auf ein – noch festzulegendes – unvermeidliches Mindestniveau
- eine konstante, abgesicherte Fünfjahres-Finanzperspektive der aktuellen Sektorpläne
- nachweisliche Besserung der Verwaltungsführung im Gesundheitswesen
- besserer Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen in Gebieten mit einem relevanten Anteil an Minderheitengruppen
- weitere Senkung der Fruchtbarkeitsrate

5.2. Staatsführung und Menschenrechte

Verbesserungen im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Staatsführung, die Achtung der Menschenrechte und die Sicherheit der Menschen sind für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele, für ein Wachstum zugunsten der Armen und in diesem Zusammenhang auch für die Effizienz der Hilfe der Geber von zentraler Bedeutung. Die Regierung von Bangladesch hat dies erkannt und daher in ihrem **PRSP** das Ziel einer verantwortungsvollen Staatsführung als Priorität ausgewiesen. Den Bedürfnissen der Armen wird im PRSP in folgenden wichtigen Bereichen Rechnung getragen: Verbesserungen bei der Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen, Rechenschaftspflicht, weniger Verschwendung, Zugang zum Justizwesen, Unterstützung durch gesetzgeberische Maßnahmen, insbesondere in den informellen Wirtschaftszweigen, Abbau der Gefahr der Einkommenserrosion. Über diese Ziele hinaus bestehen die grundlegenden Anforderungen darin, die Effizienz des Staates bei der Förderung des Wachstums zu steigern und eine verstärkte Demokratisierung im Diskurs über und der Ausübung von Machtbefugnissen herbeizuführen.

Das **übergeordnete Ziel** der Strategie der Kommission im Hinblick auf eine verantwortungsvolle Staatsführung, die sich weitgehend auf die genannten Prioritäten des PRSP stützt, besteht darin, zum Abbau der Armut, zur Stärkung demokratischer Grundwerte und zur Förderung einer gerechteren Gesellschaft beizutragen. Hierfür wurde ein breit angelegtes Konzept verfolgt, das auf zwei **spezifische Ziele** ausgerichtet ist: die Verbesserung der Effektivität der öffentlichen Einrichtungen sowie die Verbesserung der Sicherheit der armen Bevölkerung und ihres Zugangs zur Justiz. Beide Ziele sollen durch eine Reihe untereinander verknüpfter Interventionen in enger Abstimmung mit den übrigen Gebern erreicht werden.

Bislang unterstützen die meisten Geber kleinere Programme auf diesem Gebiet, was zur Folge hat, dass überwiegend Einzelaktionen durchgeführt werden statt breit angelegter Programme, die Einfluss auf das eigentliche System nehmen. Das LSP zielt mit seinem Konzept darauf ab, die Reformpläne der Regierung durch integrierte Reformprogramme umfassender als bisher zu unterstützen. Ausgehend von den im PRSP formulierten Reformplänen der Regierung könnte die Unterstützung unter anderem eine Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und des Sektormanagements beinhalten, die Folgendes einschließt: die Unterstützung der Reform der öffentlichen Finanzverwaltung und einer verbesserten Erbringung der Dienstleistungen, die der Reform von Justiz, Polizei und Strafvollzug, die Schaffung neuer Institutionen im Sinne einer verantwortungsvollen Staatsführung (Menschenrechtskommission, Ombudsmann) und die langfristige Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses mit Blick auf die Verbesserung der lokalen

Verwaltungsführung. Bei der Ausarbeitung der Unterstützung für Dezentralisierung und lokale Verwaltungsführung wird auf die spezifische Anbindung an die Entwicklung von Umweltprogrammen zugunsten der armen Bevölkerung und auf die Ernährungssicherung als Bestandteil von Netzen zur sozialen Sicherung zu achten sein. Die Kommission wird bei der Durchführung der Programme die Zusammenarbeit mit anderen Gebern suchen und hierfür gemeinsam festgelegte Bezugsgrößen, darunter die Indikatoren für öffentliche Ausgaben und finanzielle Rechenschaftspflicht, heranziehen. Sollte sich die Gelegenheit dazu ergeben, werden Programme nach Art der Sektorprogramme in den Bereichen Justiz sowie Recht und Ordnung und/oder lokale Verwaltungsführung/Dezentralisierung – ebenfalls auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Bezugsgrößen – unterstützt.

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Unterstützung der Justiz- und Polizeireform auch positiv auf die Fähigkeit der Regierung zur Terrorismusbekämpfung und zur Bekämpfung des Handels mit bzw. der illegalen Verbreitung von Handfeuerwaffen und leichten Waffen und die Einhaltung ihrer internationalen Verpflichtungen im Kampf gegen den Terrorismus (Umsetzung der einschlägigen Entschlüsse des UN-Sicherheitsrats und internationaler Übereinkommen) auswirken wird.

Im Rahmen des Instruments für Entwicklungszusammenarbeit wird die Gemeinschaft in den Bereichen Staatsführung, Demokratie, Menschenrechte und Unterstützung für institutionelle Reformen, vor allem in Bezug auf die Kooperation und Politikreform auf den Gebieten Sicherheit und Recht, Maßnahmen durchführen, die den Leitlinien des Entwicklungshilfausschusses der OECD uneingeschränkt Rechnung tragen, wobei auch die einschlägigen Schlussfolgerungen des Europäischen Rates berücksichtigt werden.

Auf Kontinuität wird insbesondere bei Maßnahmen geachtet, die der Förderung der **Menschenrechte** dienen. Besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei den Rechten der Frauen und Kinder sowie aller Minderheitengruppen, auch der Flüchtlinge, und anderer schwacher Gruppen, einschließlich Behinderter. In diesem Zusammenhang wird sich die Kommission darum bemühen, ihr TRTA-Programm auch auf die Unterstützung bei der Beseitigung der schlimmsten Auswüchse der Kinderarbeit und – im allgemeineren Sinne – eine bessere Anwendung der zentralen Arbeitnehmerrechte und die Förderung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für alle auszurichten. Die Intervention in der Region Chittagong Hill Tracts (CHT) wird dazu beitragen, die Ziele im Schwerpunktbereich Menschenrechte und Demokratie durch ein umfassendes Konzept für die Region zu verwirklichen. Dabei sollen Instrumente für die Umsetzung des Friedensabkommens (institutioneller Kapazitätsaufbau) eingesetzt werden, während gleichzeitig das Vertrauen zwischen den einzelnen Gruppen durch Maßnahmen des Typs „Community empowerment“ gestärkt und die soziale und wirtschaftliche Entwicklung gefördert wird, vor allem durch Bildungs- und Gesundheitsprogramme.

Spezifisches Ziel der Interventionen zum Thema „**Effektivität der Staatsführung**“ ist, zu gewährleisten, dass das für die kontinuierliche Entwicklung von Bangladesch erforderliche Wirtschaftswachstum ermöglicht wird durch einen starken, dienstleistungsorientierten öffentlichen Sektor und eine Regierung, die sich gegenüber dem durch ein effektiv funktionierendes Parlament vertretenen Volk uneingeschränkt rechenschaftspflichtig fühlt. Zu den Indikatoren für das Erreichen der Ziele zählen:

- größere Effektivität bei der Erbringung wichtiger Dienstleistungen durch die Fachministerien – nachgewiesen anhand von Indikatoren/Zielvorgaben für das

Instrument für eine verantwortungsvolle Staatsführung und durch einen deutlichen Rückgang der Verschwendung öffentlicher Mittel;

- bessere Verwaltung der öffentlichen Finanzen insgesamt – nachgewiesen anhand verbesserter PEFA-Indikatoren;
- eine effektive lokale Verwaltungsführung, die gegenüber der Bevölkerung rechenschaftspflichtig ist und effektive Dienstleistungen erbringt;
- ein effektiver, rechenschaftspflichtiger Staatsdienst mit einem leistungsabhängigen Einstellungs-, Beförderungs- und Ernennungssystem;
- eine wirksamere Wahrnehmung der Aufsichtsfunktion gegenüber der Regierung durch das Parlament und dessen ständige Ausschüsse;
- Verbesserungen bei der Fähigkeit der Wahlkommission, ihre Rolle bei der Gewährleistung freier und gerechter Wahlen auf allen Ebenen uneingeschränkt wahrzunehmen;
- mehr Effektivität bei der Bekämpfung der illegalen Herstellung von und des illegalen Handels mit sowie der unkontrollierten Verbreitung von Handfeuerwaffen und leichten Waffen.

Das **spezifische Ziel der Interventionen zur Förderung der Menschenrechte** besteht in der Verbesserung der allgemeinen Sicherheitslage für die Menschen im Land und insbesondere des Zugangs der armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen zur Justiz. Zu den Indikatoren für das Erreichen dieser Ziele zählen:

- größere Gerechtigkeit und Effizienz der Justiz bei gleichzeitig geringerer Fallzahl, weniger Aufschub, geringeren Zahlen von Untersuchungshäftlingen, gerechteren Urteilen, einschließlich Alternativen zu Haftstrafen, Strafrechtsreformen, die sich an menschenwürdigeren Bedingungen im Strafvollzug ablesen lassen;
- besserer Zugang der armen Bevölkerung, von Angehörigen von Minderheiten, Frauen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen ganz allgemein zur Justiz, einschließlich Entwicklung wirksamer außergerichtlicher Streitbeilegungsverfahren, Einführung von Dorfgerichten und Gewährung von Prozesskostenhilfe;
- gut ausgebildete und motivierte Polizeikräfte und Angehörige der Rechtsberufe, die sich für die Sicherheitsbelange der armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen, insbesondere von Frauen und Kindern, einsetzen;
- deutliche Verringerung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels;
- deutlicher Verringerung der schlimmsten Auswüchse der Kinderarbeit und vermehrte Achtung der Arbeitnehmerrechte;
- bessere soziale Entwicklung in der Region Chittagong Hill Tracts sowie politische Stabilität, Achtung der Rechte der indigenen Bevölkerung, einschließlich ihrer Landbesitzrechte, und umfassende Lösung des Problems der Neusiedler und der Aneignung von Land.

5.3. Entwicklung der Wirtschaft und des Handels

Das **übergeordnete Ziel** der Kommission auf diesem Gebiet besteht darin, die Eingliederung von Bangladesch in das Welthandelssystem zu unterstützen, um dadurch ein „Wachstum zugunsten der Armen“ im Sinne von mehr Einkommen und mehr Beschäftigung zu fördern (auch im PRSP der Regierung als Zielvorgabe festgelegt). Die Kommission gab

im Frühjahr 2005 eine Bedarfsbewertung im Hinblick auf eine handelsbezogene Unterstützung (Trade Needs Assessment) in Auftrag, die aufzeigen sollte, wie man sich diesem Ziel annähern kann – nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ungewissen Folgen des Auslaufens des Quotensystems für den Textilsektor für die Wirtschaft des Landes. Die Bewertung bestätigte die Richtigkeit des dreigleisigen Ansatzes, der im Rahmen des letzten LSP eingeleitet wurde und mit dieser Strategie vorgeschlagen wird, nämlich:

1. Das Regelungsumfeld überprüfen und Handelshemmnisse abbauen.
2. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der KMU, verbessern, die Diversifizierung der Ausfuhr Güter vorantreiben, dabei jedoch gleichzeitig die soziale Verantwortung der Unternehmen, menschenwürdige Arbeitsplätze und ökologische Nachhaltigkeit im Auge behalten.
3. Die Produktivität der Arbeitskräfte steigern (vorrangig durch Berufsbildungsmaßnahmen, bessere Arbeitsbedingungen und uneingeschränkte Einhaltung zentraler Arbeitnehmerrechte).

Ausgehend von diesen Erkenntnissen besteht das **spezifische Ziel** der Kommission in diesem Sektor, darin durch einen verbesserten Regelungsrahmen für den Handel, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der KMU und Diversifizierung der Ausfuhr Güter einen Aufschwung in Wirtschaft und Handel Bangladeschs herbeizuführen, dabei soll die soziale Dimension der Globalisierung keinesfalls vernachlässigt werden. Für das Vorgehen im Bereich Handel und Investitionen ist allerdings ein umfassender Ansatz unter Einbeziehung möglichst vieler Geber erforderlich; letzliches Ziel ist ein Konzept für den gesamten Sektor, das von der Regierung in uneingeschränkter Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor gesteuert wird. Die bangladeschische Regierung hat gegenüber der Kommission schriftlich ihr Engagement für vier zentrale Zielvorgaben zugesagt:

- Modernisierung des Regelungsumfelds für Unternehmen
- Steigerung der privaten Investitionen in erschlossene Gewerbegrundstücke
- Ermöglichen eines breit angelegten Kapazitätsaufbaus für die Entwicklung des privaten Sektors
- Förderung von umweltverträglichen und sozial verantwortlichen Praktiken der Unternehmen

Daher wird vorgeschlagen, auf verschiedene miteinander zusammenhängende Problemstellungen, insbesondere die Verbesserung des Investitionsklimas, die Stärkung des mit dem Handel im Zusammenhang stehenden rechtlichen und institutionellen Rahmens, Kapazitätsaufbau im Hinblick auf die WTO-Mitgliedschaft, Berufsbildung und Unterstützung der Ausfuhrdiversifizierung, mit gemeinsamen Konzepten der Geber einzugehen. Die Kommission wird bei ihrer Unterstützung des Sektors die Themenfelder Beschäftigung, soziale Belange, Umweltschutz und Gleichstellung berücksichtigen und sich darum bemühen, hier Verbesserungen herbeizuführen. Zugleich wird durch die Länderstrategie der Kommission durch parallele Interventionen in den Bereichen verantwortungsvolle Staatsführung und Bildung Komplementarität dahingehend sichergestellt, dass durch die schnelle Integration Bangladeschs im Handel ein Wachstum zugunsten der Armen möglich wird.

Aufbauend auf den Programmen, die im Rahmen des LSP 2002-2006 entwickelt wurden, wird das Programm für den Handel und den privaten Sektor 2007-2013 in zwei Stufen umgesetzt. Das MRP 2007-2010 wird sich auf den politischen Rahmen für die Entwicklung

des Handels und des privaten Sektors, auf den rechtlichen und institutionellen Rahmen in den Bereichen Normen, Konformitätsbewertung und Schutz geistigen Eigentums, KMU-Förderung durch Maßnahmen in bestimmten Sektoren, Förderdienstleistungen für Unternehmen und Zugang zu Finanzmitteln konzentrieren. Mit dem MRP 2011-2013 wird die Förderung der Ausführdiversifizierung durch umfangreiche Programme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des privaten Sektors unterstützt.

Das Erreichen dieser Ziele wird anhand folgender Indikatoren bewertet:

- Einführung einer umfassenden Handelspolitik durch die Regierung
- besseres Investitionsklima
- stärkere Diversifizierung der Ausführstrukturen – Anteil der Bekleidung weniger als 70 % der Gesamtausfuhren
- bessere Wettbewerbsfähigkeit der wichtigsten Ausfuhrsektoren
- höhere Arbeitsproduktivität, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Reallöhne
- Verbesserung des Rechtsrahmens und der institutionellen Infrastruktur der Ausfuhrsektoren
- bessere Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards durch den privaten Sektor
- besserer Zugang von KMU zu Finanzmitteln und Dienstleistungen für mehr Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen
- höhere Produktivität der KMU durch bessere Ausbildung von Arbeitskräften und Führungskräften einerseits und bessere Arbeitsbedingungen und volle Einhaltung zentraler Arbeitnehmerrechte andererseits

5.4. Begleitstrategien (Nicht-Schwerpunktbereiche)

Umweltschutz und Katastrophenmanagement

Die wirtschaftlichen Folgen von Umweltschäden und Naturkatastrophen treffen in Bangladesch vor allem die arme Bevölkerung. Die Regierung trägt dieser Tatsache in ihrem PRSP Rechnung und hat daher Umweltschutz und ein umfassendes Katastrophenmanagement als wichtigste Begleitstrategien für ein Wachstum zugunsten der Armen festgeschrieben. Nach den schweren Überschwemmungen des Jahres 2004 wurde vom Amt des Premierministers nach Konsultation der Zivilgesellschaft ein Aktionsplan erstellt, mit dem der Katastrophenschutz verbessert werden soll. Der Aktionsplan geht davon aus, dass extreme Wetterverhältnisse aufgrund der globalen Erwärmung künftig häufiger eintreten werden und dass sich in Bangladesch möglicherweise bereits erste Folgen des Klimawandels bemerkbar machen. Angesichts der Notwendigkeit, die Warnsysteme zu verbessern und der Bevölkerung von Bangladesch damit die Möglichkeit zu geben, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu treffen, sieht der Aktionsplan vor, dass Technologien und zur Fähigkeiten zur Wettervorhersage, die in anderen Ländern in den letzten Jahren entwickelt wurden, auf Bangladesch übertragen werden, damit Fachleute im Lande in der Lage sind, die Wetterverhältnisse über Monate vorherzusagen.

Die Fähigkeit Flusshochwasser, Sturmfluten, Wirbelstürme und Dürreperioden exakt vorherzusagen und entsprechende Anpassungen in den landwirtschaftlichen Abläufen rechtzeitig zu planen, wird für die Menschen, die heute mit den durch den Klimawandel hervorgerufenen unvorhersehbaren Veränderungen der Witterungsverhältnisse zurecht kommen müssen, ein Segen sein. Unglücklicherweise kommen diese technischen Fortschritte zu einem Zeitpunkt, zu dem die meisten Geber sich zugunsten des sozialen Sektors vom

Umweltsektor und den damit zusammenhängenden technischen Fragen abgewandt haben, so dass die die Umwelt betreffenden Millenniums-Entwicklungsziele in den Hintergrund getreten sind.

Im Rahmen des weltweiten Engagements der EU zur Anpassung an den Klimawandel wird die Kommission die Regierung von Bangladesch bei ihrem Vorhaben unterstützen, durch Förderung geeigneter Technologien die Fähigkeiten der Kommunen zur Warnung vor Klimaveränderungen zu verbessern. Wichtige Aspekte der Interventionen werden die Sensibilisierung und Vorbereitung der Bevölkerung sein, d. h. Planung und Schutzmaßnahmen für den Katastrophenfall, bessere Verbreitung von Warnungen und Hilfe für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen. Dieser Ansatz fügt sich in den Ansatz von ECHO und DIPECHO ein, bei dem es um Katastrophenschutz und Katastrophenmanagement durch Partner aus der Zivilgesellschaft und NRO auf kommunaler Ebene geht. Im Rahmen dieser Aktivitäten sollte eine Überprüfung der von der Kommission finanzierten Maßnahmen zur Sanierung der Uferdämme an den Küsten des Landes vorgenommen werden (zur derzeitigen Unterstützung des Katastrophenschutzprojekts für Bangladesch durch die Kommission siehe Anhänge 4 und 9). Der Zwang zur Fokussierung veranlasst die Kommission dazu, Maßnahmen zum besseren Erdbebenschutz auslaufen zu lassen; auf diesem Gebiet unterstützt die Kommission derzeit ein umfangreiches Programm mit Mitteln aus dem LSP 2002-2006.

Generell verfolgt die Kommission beim Thema Umwelt einen **bereichsübergreifenden Ansatz**. Sie wird daher dafür Sorge tragen, dass Umweltbelange, Klimawandel und Katastrophenmanagement im gesamten Programm, also auch in den Teilen, die Bildung, Handel und verantwortungsvolle Staatsführung betreffen, gebührende Berücksichtigung finden. Das **übergeordnete Ziel** der Umweltkomponente besteht darin zu gewährleisten, dass die bangladeschische Wirtschaft, insbesondere jener Teil der Wirtschaft, in dem die gefährdeten Bevölkerungsgruppen tätig sind, besser vor den Folgen von Naturkatastrophen geschützt ist.

Die Indikatoren für dieses Ziel:

- weiterer Anstieg des BIP auch nach Naturkatastrophen
- deutlicher Anstieg des Pro-Kopf-BIP des untersten Bevölkerungsquartils während der Laufzeit des LSP
- geringere Auswirkungen von schweren Naturkatastrophen auf das Pro-Kopf-BIP als dies bei früheren derartigen Ereignissen der Fall war

Spezifisches Ziel der Umweltkomponente ist, die Regierung bei ihren Bemühungen zu unterstützen, ihre Fähigkeiten zur rechtzeitigen Beratung und Warnung gefährdeter Bevölkerungsgruppen vor klimatisch bedingten Ereignissen zu verbessern. Die Indikatoren für das Erreichen dieses Ziels:

- Einführung verbesserter Klima-Frühwarnsysteme, die gefährdete Bevölkerungsgruppen mit für sie verwertbaren Informationen versorgen
- genauere digitale Höhenangaben für die Erstellung genauer Überflutungsgefährdungskarten für das gesamte Land und einzelne Kommunen
- Wettervorhersagesysteme, die genaue Informationen über das mittel- und kurzfristige Wettergeschehen liefern
- rechtzeitige Information der gefährdeten Bevölkerungsgruppen in für sie brauchbarer Form

Ernährungssicherheit und Ernährung

Die Bekämpfung der unsicheren Ernährungslage als Mittel zur Armutsbekämpfung ist in den Millenniums-Entwicklungszielen, dem PRSP der bangladeschischen Regierung und in den kooperationspolitischen Zielen der Kommission fest verankert. Für ein LDC-Land wie Bangladesch, in dem fast die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt, ist Ernährungssicherheit für die Armen lebenswichtig.

Die Kommission ist sich der Forderung bewusst, die zur Verfügung stehenden Mittel konzentriert einzusetzen, doch hält sie es für zwingend notwendig, ihr langfristiges Engagement in diesem Sektor beizubehalten und für die Ärmsten der Armen „Sicherheitsnetze“ zu schaffen. Dieser Ansatz wird durch die Höhe der Armut in Bangladesch und die Rolle der Kommission bei der Unterstützung der Ernährungssicherungsprogramme gerechtfertigt. Trotz einer de facto bestehenden Autarkie bei der Versorgung mit Reis auf nationaler Ebene leidet der Großteil der armen Bevölkerung und insbesondere Frauen und Kinder in Bangladesch nach wie vor an Unterernährung – rund 30 Millionen Einwohner leben immer noch unterhalb der Armutsgrenze. Zudem ließe sich – angesichts der Tatsache, dass die Kommission zu den wichtigsten Gebern in diesem Bereich zählt – ein Eintreten für eine kurzfristige Beendigung dieses Engagements, das bis in die Anfangsjahre der Beziehungen der Kommission zu Bangladesch zurückreicht, kaum rechtfertigen. Die mit der Strategie finanzierten „Safety Net“-Programme werden durch den themenspezifischen Haushaltsposten Ernährungssicherheit ergänzt, der eigens für die Unterstützung innovativer Interventionen eingeführt wurde, so dass gewährleistet ist, dass ein angemessenes Maß an Unterstützung für das bestehende Engagement der Kommission in diesem Sektor zugesichert werden kann.

Mit ihren Interventionen verfolgt die Kommission das **übergeordnete Ziel**, Armut, Ernährungsunsicherheit und Unterernährung in Bangladesch deutlich zu verringern, indem die unter extremer Armut leidende Landbevölkerung unterstützt wird. Seit Aufnahme der Lebensmittelhilfe der Kommission 1973 wurde das Konzept der Kommission von der Lebensmittelhilfe weiterentwickelt zur Ernährungssicherung, für die seit Ende der 1990er Jahre Einkommensbeihilfen und Kapazitätsaufbaumaßnahmen laufen. Ausgehend von den Empfehlungen der Halbzeitüberprüfung 2004 der Ernährungssicherungsprogramme in Bangladesch und der thematischen Evaluierung der Lebensmittelhilfe-/Ernährungssicherungsmaßnahmen 2004 sowie weiteren Erfahrungen wurde als **spezifisches Ziel** der Ernährungssicherungsprogramme definiert, durch ganzheitliche/integrierte Konzepte und strategische Stärkung von Kapazitäten und Verantwortlichkeit der dezentral angesiedelten staatlichen Institutionen für die partizipative Planung und Durchführung von Ernährungssicherungsmaßnahmen die Ernährungsunsicherheit zu beseitigen. Um dies zu erreichen, wurde der Schwerpunkt auf innovative Konzepte/Interventionen gelegt, die primär auf die Gruppe der extrem armen und besonders von Ernährungsunsicherheit betroffenen Frauen ausgerichtet sind, denen in der Vergangenheit mit allgemeinen Programmen zur Armutsbekämpfung nicht geholfen werden konnte. Die Kommission wird bei ihren Interventionen darauf achten, Ernährungssicherungs- und Ernährungsprogramme mit Programmen im Bereich des Bildungswesens und der verantwortungsvollen Staats-/Verwaltungsführung zu verbinden.

Die Finanzierung von Aktivitäten auf dem Gebiet der Hochschulbildung erfolgt im Rahmen der Regionalprogramme für Asien.

5.5. Bereichsübergreifende Themen

Die Kommission wird dafür sorgen, dass – entsprechend den Globalzusagen der Kommission und der von der Regierung von Bangladesch in ihrem PRSP eingegangenen Verpflichtungen – in der gesamten Programmplanung die bereichsübergreifenden Themen Staatsführung, Gleichstellung, Menschenrechte, Demokratie, Kinderrechte, Rechte indigener Bevölkerungsgruppen, Umweltschutz und Klimawandel in allen drei Prioritätsbereichen durchgängig Berücksichtigung finden. Der Unterstützung des Wachstums als treibende Kraft der Entwicklung liegt die Erkenntnis zugrunde, dass soziale Ausgrenzung bekämpft und die Achtung der Menschenrechte, einschließlich Arbeitsnormen und menschenwürdiger Arbeitsbedingungen, gewährleistet werden müssen.

5.6. Risiken und Annahmen

Politische Risiken: Die gesamte Programmplanung gründet sich auf die Annahme, dass die Wahlen 2007 frei und fair verlaufen und dass Bangladesch weiterhin ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen bleibt. Bei diesem Szenario bestehen die absehbaren Hauptrisiken darin, dass die neue Regierung die im PRSP getroffenen Zusagen für eine verbesserte Staatsführung nicht aufrecht erhält und dass die Beziehungen zwischen Gebern und Regierung in wichtigen Bereichen angespannt bleiben oder sich weiter verschlechtern. Weiterhin besteht das Risiko, dass der zutiefst parteiisch geprägte Charakter der Politik in Bangladesch auch nach der nächsten Wahl dahingehend Bestand haben wird, dass das Parlament seine Funktion nicht effektiv wahrnimmt und Reformen nicht durch sachliche Diskussionen und Beratungen legitimiert werden. Um diese Risiken abzufangen, verfolgt die Kommission die Strategie, ihre Programme so breit und flexibel anzulegen, dass sie unterschiedliche Vorgehensweisen ermöglichen, sich in den Bereichen Justiz und verantwortungsvolle Staatsführung auf die Nachfrageseite zu konzentrieren und für eine gute Zusammenarbeit mit den übrigen Gebern zu sorgen, um die bangladeschische Regierung bei der Fortführung ihrer wichtigen Reformen zu unterstützen.

Wirtschaftliche Risiken: Bangladesch steht vor dem ernststen wirtschaftlichen Risiko, dass aufgrund des stärker werdenden Wettbewerbs in der Region seit Auslaufen der WTO-Textilquotenregelung im Januar 2005 seine Exportmärkte für verschiedene Erzeugnisse im Bekleidungssektor kleiner werden. Wenn die Wettbewerbsfähigkeit des Landes (unter anderem durch bessere Wahrnehmung des zollfreien Zugangs zum EU-Markt) und die Durchdringung neuer Märkte nicht verbessert werden, könnte eine ernsthafte gesamtwirtschaftliche Destabilisierung mit negativen Folgen für die arme Bevölkerung und schwer wiegenden Risiken für den Finanzsektor eintreten. Durch den direkten und indirekten Verlust von Arbeitsplätzen könnte die politische Lage in Bangladesch instabil werden, was wiederum dazu führen könnte, dass sich das Investitionsklima verschlechtert und die Wachstumsrate der Wirtschaft verlangsamt. Dies hätte dann kritische Folgen für die Erbringung sozialer Dienstleistungen und würde schlimmstenfalls dazu führen, dass die bisherigen Fortschritte im Hinblick auf die menschliche Entwicklung zunichte gemacht werden. Umgekehrt könnten die wachsenden Schwierigkeiten im Bekleidungssektor die positive Wirkung haben, dass sich die Regierung zunehmend der Notwendigkeit bewusst wird, für ein besseres Investitionsklima und bessere Entscheidungsstrukturen zugunsten der Wirtschaft zu sorgen, beides Bereiche, in denen bisher die Haupthindernisse für ein schnelleres Wachstum bestehen.

Umweltrisiken: Die Risiken im Umweltbereich betreffen zwei Aspekte: zum einen die Möglichkeit, dass Effektivität und Effizienz der Programme untergraben werden, und zum anderen die Gefahren für die Umwelt selbst. Zu der erstgenannten Gruppe zählt die sehr reale Gefahr, dass es nicht gelingt, die Probleme bei Wasserqualität und Wasserversorgung zu lösen und dass dadurch die Fortschritte im Gesundheitsbereich und damit auch beim Wachstum zugunsten der Armen in Gefahr geraten. Häufiger auftretende extreme Wetterverhältnisse und deren Folgen wie Überschwemmungen und Trockenheit, aber auch Wirbelstürme, machen einen funktionierenden Katastrophenschutz notwendig. Wichtig sind Vorkehrungen für die Soforthilfe, aber auch frühzeitige Planung, um die Folgen abzumildern. Der Klimawandel bringt eine ganze Reihe von Risiken mit sich: Ansteigen des Meeresspiegels, Wegfall von Landflächen, geringere Ernten insgesamt, aber auch geringere Erträge je Flächeneinheit, was wiederum Folgen für die Ernährungssicherheit der ärmsten Bevölkerungsgruppen nach sich zieht und möglicherweise langfristig das Wirtschaftswachstum gefährdet.

Absorptionskapazität: Die Absorptionskapazität hat sich in der Vergangenheit als Hauptursache für Verzögerungen bei der Durchführung nahezu aller Programme erwiesen, so dass bei vielen Gebern noch eine erhebliche Anzahl an Projekten ansteht, die auf die Durchführung warten. Der häufige Wechsel der Regierungsvertreter während der Laufzeit eines Projekts führt dazu, dass mit unterschiedlichen Regierungsvertretern wiederholt Vereinbarungen über die Planung von Programmen getroffen werden müssen. Durch den schleppenden internen Genehmigungsprozess und langwierige Koordinierungsmechanismen bleibt die Zahl der bilateralen Beiträge eng auf absolut strategische Projekte beschränkt, was sehr stark dafür spricht, dass die übrige Hilfe über größer angelegte gemeinsame Ansätze mehrerer Geber laufen sollte. Da alle Entwicklungspartner Bangladeschs diese Erfahrung gemacht haben, besteht eine große Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

ANNEXES

ANNEX 1: BUDGET OVERVIEW

CSP 2007-2013

Priority Sector 1 – Human and Social Development	35 %	
Priority Sector 2 – Governance and Human Rights	25 %	
Priority Sector 3 - Economic and Trade development	20 %	
Non Focal Sector – Environment and disaster management	10 %	
Non Focal Sector - Food security and nutrition	10%	
Total	100%	403 meuro
NIP 2007-2010 total: 205 meuro (51meuro/p.a.)	50% of CSP budget	
NIP 2011-2013 total: 198 meuro (66 meuro/p.a.)	50% of CSP budget	

N.B. Figures could vary 5% up and downward.

ANNEX 2: EU/EC CO-OPERATION OBJECTIVES

1. The EC Treaty Objectives for External Co-operation

In accordance with Article 177 of the Treaty Establishing the European Community, the Community's development cooperation policy shall foster the sustainable economic and social development of the developing countries, the smooth and gradual integration of these countries into the global economy and the fight against poverty. The Community's policy in this area shall contribute to the general objective of developing and consolidating democracy and the rule of law, and to that of respecting human rights and fundamental freedoms.

On the basis of Article 179 of the same Treaty, a new Development Cooperation Instrument (DCI) was adopted in December 2006. Bangladesh is eligible to participate in cooperation programmes financed under the DCI [European Parliament and Council Regulation (EC) No. 1905 of 18 December 2006 establishing a financial instrument for development cooperation.

The framework Programmes for research and technological development (Part three, title XVIII art. 164b) constitute important impetus to build and consolidate partnerships between the EC and Bangladesh through the increase of research capacity, the simulation of technological innovation, the promotion of the transfer of technology, the exchange of scientists and researchers and the encouragement of partnerships between research centres in Bangladesh and the EU Member States.

2. Objectives of the EU as laid down in other applicable documents

The Treaty objectives are reflected in the 2001 Cooperation Agreement (Council Decision of 26th February 2001, 2001/332/EC between the European Community and the Government of Bangladesh), which contains the following four objectives:

- Support for the sustainable economic and social development of the country and particularly in the poorest sections of its population, with special emphasis on women.
- Strengthening two-way trade between the EU and Bangladesh and assist Bangladesh in diversifying its productive potential.
- Promotion of investment and economic, technical and cultural links.
- The pursuit of equilibrium between policies for sustainable economic growth, social development and protection and conservation of the environment.

The 2001 Communication *Europe and Asia* (Commission Communication COM(2001)469 "Europe and Asia: A Strategic Framework for enhanced partnerships") further defines the framework the following 6 objectives: (i) contribute to peace and security in the region and globally, through a broadening of our engagement with the region; (ii) further strengthen our mutual trade and investment flows with the region; (iii) promote the development of the less prosperous countries of the region, addressing the root causes of poverty; (iv) contribute to the protection of human rights and to the spreading of democracy, good governance and the rule of law; (v) build global partnerships and alliances with Asian countries, in appropriate international fora, to help address both the challenges and the opportunities offered by globalisation and to strengthen our joint efforts on global environmental and security issues; (vi) and help strengthen the awareness of Europe in Asia (and vice versa).

3. Speeding up Progress towards the Millennium Development Goals

In its 12 April 2005 Communication on Speeding up progress towards the Millennium Development Goals,⁹ the Commission takes stock of the EU's contribution to development and identifies the necessary measures to accelerate achievement of the MDGs. The Commission aims at (a) setting new intermediate targets for growth in official aid budget by 2010 for both EU and Member States, ultimately achieving the 0.7% target of gross national income (GNI) by 2015, (b) speeding up reforms to improve aid quality, (c) re-evaluating EU's influence on the conditions for development and (d) ensuring Africa's primacy as the beneficiary of these approaches with a re-renewed impetus of partnership between the two continents. The proposals on Development Financing and Policy Coherence are set out in detail in two other communications. Together these contribute to the three pillars of sustainable development (economic, social and environmental).

4. Financing for Development and Aid Effectiveness

In its 12 April 2005 Communication on Financing for Development and Aid Effectiveness,¹⁰ the Commission outlines means of achieving interim targets of increased ODA volumes by 2010 and move towards the UN target of 0.7% GNI by 2015. It suggests new aid modalities, innovative finance sources and includes proposals in addressing the remaining post-HIPC debt problem of low income countries. It suggests redefining EU commitment regarding GPG. The main challenge on co-ordination and harmonisation is the credible implementation of the EU framework and results of the High Level Forum on aid effectiveness and complementarity in aid delivery. Commitment on reforming the International Finance System must be strengthened.

5. EU Policy Coherence for Development

In its 12 April 2005 Communication on Policy Coherence for Development,¹¹ the Commission has defined coherence commitments in the overall framework of the EU sustainable development strategy and identified the following priority areas with high potential of attaining synergies with development policy objectives: trade; environment; security; agriculture and fisheries; social dimension of globalisation, employment and decent work; migration; research and innovation; information society; transport and energy. These commitments were endorsed by the Council (GAERC) on 24 May 2005. The Communication further calls on non-development policies to respect development policy objectives and on development cooperation to also contribute, where possible, to reaching the objectives of other EU policies.

6. The 'European Consensus' on EU Development Policy

In its meeting on 22 November 2005, the General Affairs and External Relations Council adopted the EU Development Policy Statement, also known as "the European Consensus"¹², endorsed by the European Parliament on 15th December, substituting the development commitments of the Joint Declaration of the Council and European Commission from

⁹ COM 2005/0132 final

¹⁰ COM 2005/0133 final

¹¹ COM2005/0134 final

¹² 'The European Consensus on Development : ' OJ 24/2/2006 (2006/C46/01).

November 2000. The “European Consensus on Development” provides, for the first time, a common vision that guides the action of the EU, both at its Member States and Community levels, in development cooperation. The Statement identifies the eradication of poverty in the context of sustainable development, including pursuit of the MDGs, as the primary and overarching objective of EU development cooperation. The Statement also emphasises that EU partnership and dialogue with third countries will promote common values of respect for human rights, fundamental freedoms, peace, democracy, good governance, gender equality, the rule of law, solidarity and justice and the EU’s commitment to effective multilateralism.

The priorities from the ‘European Consensus’ are supported by a number of subject-specific communications, including the 2001 Communication on the Programme of Action for the mainstreaming of gender equality in Community development cooperation, the 2002 Communication ‘Trade and development: assisting developing countries to benefit from trade’, the 2003 Communication on Governance and Development and the Sixth Environmental Action Plan (Com (2001) 31, the Communication on "Fighting rural Poverty" (COM 2002, 429) and the EU Guidelines to support land policy design and reform processes in developing countries (COM (2004) 686).

7. UN Summit conclusions 2005

The importance of strengthening the social dimension of globalisation and of promoting productive employment and decent work opportunities was highlighted in §47 of the **UN Summit conclusions of September 2005** regarding human and social development. UN member states committed themselves in particular to “*strongly support fair globalisation and resolve to make the goals of full and productive employment and decent work for all, including for women and young people, a central objective of our national and international policies as well as our national development strategies, including poverty reduction strategies, as part of our efforts to achieve the MDGs.*”

ANNEX 3: COUNTRY AT A GLANCE

The status of the country as to the likely achievement of the Millennium Development Goals at a glance

In October 2006, *United Nations Economic and Social Commission for Asia and the Pacific UNESCAP*, the *United Nations Development Programme UNDP* and the *Asian Development Bank ADP* have issued a report “Millennium Development Goals: Progress in Asia and the Pacific 2006”. This report is the latest update on the progress towards MDGs in Asia and the Pacific. It highlights the region's achievements and exposes issues on which much work remains to be done. The report looks in a more holistic way at overall country progress by assessing absolute MDG indicators in addition to MDG targets.

The report classifies the progress made by each country into 4 categories

- *Early achiever* — Has already met the target
- ▲ *On track* — Expected to hit the target by 2015
- *Off track – Slow* — Expected to hit the target, but after 2015
- ▼ *Off track – Regressing* — Slipping backwards, or stagnating

Goal	1	2	3	4	6	7																
	\$1/day poverty	Underweight children	Primary enrolment	Reaching grade 5	Primary completion rate	Gender primary	Gender secondary	Gender tertiary	Under-5 mortality	Infant mortality	HIV prevalence	TBC prevalence	TBC death rate	Forest cover	Protected area	CO ₂ emissions	ODP/CFC consumption	Water urban	Water rural	Sanitation urban	Sanitation rural	
Bangladesh	▼	■	▲	▼	▼	●	■	▼	▲	▲	▲	■	●	▼	●	▼	▼	▼	▼	■	▼	▲

Land area 144,000 sq km	Population 141+ million (2004 ^P)	Population density 950 (2004 ^P)
Population of main town Dhaka: 12.5 million (2000); rising to 22.7 million approx (2015)		
Annual population change (% per year)		
Year 1990: +1.95%	Year 1998-99: 1.7%	Year 2002: 1.5% Year 2004: 1.3%

Political situation

Bangladesh became a sovereign country in 1971. Except some early years after the Independence, the country was ruled under autocratic governments. Since 1991 parliamentary democracy has been established and successive democratic governments are in power. However, political violence is continuing since the independence and has increased in recent times. Deterioration in law and order situation is very much correlated with political issues.

Economic Summary

Indicator	FY02	FY03	FY04	FY05	FY06
Real GDP growth (%)	5.9	5.3	4.4	5.3	5.5
GDP US\$ billions (at current market prices)	46.0	44.5	47.6	51.9	55.4
GDP per capita (\$)			380	400	421
Inflation % CPI (point-to-point, base: 1996)	2.8	1.9	2.8	4.4	5.8
Exports US\$ millions	5752.20	6467.30	5986.09	6548.44	7602.99
Imports US\$ millions, c.i.f	8374	9335	8540	9658	10903
Fiscal deficit (% GDP)	4.5	4.1	3.7	3.4	3.4

Summary of Economic Situation

Despite various adverse situations emerging from natural calamities, increase prices of both food and fuel in the international market, poor state of governance, etc., the Bangladesh economy has maintained the growth momentum in the recent years and is enjoying moderate macroeconomic stability. However, the country needs to achieve GDP growth at 7% to be on the MDG targets in eradicating widespread poverty.

Selected Social Indicators

Indicator	Year 2001/2002			Year 1999/2000			Year 1998		
	M	F	C	M	F	C	M	F	C
Adult literacy rate over 15s %	50.3	31.4		52.3	29.9		51.1	28.6	
Primary school enrolment % (gross)	96.8	98.3		103.4 (1998)	100.1 (1998)				75.1 (1997) g
Primary school enrolment % (net)	85.7	87.5		91.6 (1998)	88.8 (1998)				
Secondary school enrolment % (gross)	44.7	49.2		43.3 (1998)	41.5 (1998)				21.6 (1997) g
Secondary school enrolment % (net)	41.9	45.9		40.3 (1998)	38.5 (1998)				
Life expectancy at birth	60.7	61.5		59.4	59.5		58.6	58.7	
Underweight children <5 (%)			48 a			48 b			56 h
<5 mortality rate (per 1,000 live births)			77			82			106
Maternal mortality rate (per 100,000 live births)			380 c			350 d			440 h
Children <2 fully immunised (%)									
Infants <1 immunised against TB (%)			95			91			91 i
Births supervised by trained personnel (%)			12 e			12 f			
Households with access improved water source (%)			97			97			74 j

a. Data refer to the most recent year available during the period specified. 1995-2002

b. Data refer to the most recent year available during the period specified. 1995-2000

c. Data refer to the most recent year available during the period specified. 1985-2002

d. Data refer to the most recent year available during the period specified. 1985-1999

e. Data refer to the most recent year available during the period specified. 1995-2002

f. Data refer to the most recent year available during the period specified or to a running average for a series of years surrounding that period. 1995-2000

g. Age group enrolment ratios adjusted. % of relevant age group.

h. Data refer to the most recent year available during the period specified. 1990-1998

i.. Data refer to the most recent year available during the period specified. 1995-1998

j. HDR 2000 report states 'Population without access to safe water', 26. Assumption for this table has been made that the difference, i.e. 100-26=74, represents population with safe water. Note also the difference between terminology, population vs. household

ANNEX 4: OVERVIEW OF PAST AND ONGOING EC CO-OPERATION

Social Sectors

Health: The two main interventions prior to SWAPs were: Thana Functional Improvement Pilot Project and Contraceptive Supply Project. TFIPP (EUR 18m) was one of 66 projects in the 1992/97 IVth Population/Health Project (PHP, precursor to the full ‘programme approach’ HPSP (or Vth PHP)), aimed at stimulating demand for health/family welfare services in 55 sub-districts (out of 460) to 12.5 m. people. It delivered improved basic health/family welfare levels and increased service utilisation. 10000 staff were trained, and a MIS for core indicators developed. It failed to be relevant for the poorest, however (and lacked committed policy dialogue) as the introduction of user fees could not overcome the practice of informal fees or expand the poor’s access to health services. The CSP, also part of IVth HNP, supplied 840m condoms/EUR 24m, and aimed at demographic stabilisation by 2005. The project contributed to the relatively low rate of HIV/AIDS infection but was not replicated through a CSPII, actually approved (10.5mEUR), because of inability to reconcile EC and UNFPA procurement rules. Among smaller projects was the community-based Cox’s Bazaar Primary Health project, active in one of the poorest, isolated and conservative areas of the country which ended in 2005. EC also supported in 2001 action research at the Centre for Population and Health Research (ICDDR’B), the implementation of this project was ended in 2004.

EC joined the HPSP SWAP consortium in 1998, with a contribution of EUR 70m to a 2.9bUSD sector programme. This ended in 2003 (other donors continued funding until 2004) but because of the host country’s inability to meet the EC condition to integrate the health and family planning cadres of the Health/Family Welfare Ministry, tested under the TFIPP, EC disbursed only 50%. Under the successor HNPS, 2004 – 2010, EC will contribute EUR 108m to a 4.3b USD sector budget. In addition to government implemented sector wide programme, EC’s contribution aim to focus on the areas of particular challenges like, maternal and child health and Chittagong Hill Tracts (CHT) areas. Therefore, characterized by programme and project approach, larger proportion of EC contribution aims to spend on World Bank lead pool fund and the rest is on projects with particular challenges.

Education: Education became progressively more prominent under successive Country Strategies, initially addressed at primary level (from 1994) through Rural Development Programmes of BGD’s largest NGOs, BRAC and PROSHIKA. In 1999, initially with EUR36m, then in 2000, with EUR 23m added from GOB’s ‘Intensive District Approach to Education for All’ initiative which UNICEF was unable to utilise, EC funded BRAC’s Non-Formal Primary Education Programme (NFPE III), a shared programme of 99mUSD (including 3 other MS) ending 2004. EUR16m remained unused by project end due to euro inflation and because EC did not agree to BRAC’s request to compensate the cutback to its 34 000 school throughput from one MS’ withdrawal. The other MS and donors have continued funding NFPEIV. EUR 133 million was approved for education in the strategies until 2001, including EUR36m to stimulate recruitment of 2000 female teachers in rural non-Government secondary schools in PROMOTE (1997-2005) which will also end with EUR 12m being undisbursed. EC support to 2001 has contributed significantly to boosting total school enrolment to almost 50%; about 70% of NFPE enrolment are girls, substantially above the national average (2000) of 49%.

In 2004, EC joined the SWAP 'Primary Education Development II' programme of 1.8bUSD, 2003 - 2009, with EUR 105m share in a donor contribution of 690m USD.

Under the 2002-06 Strategy, a range of NGOs will utilise, from 2006, the NIP 2003-05 EUR 30m allocation for non-formal primary education, under competitive bidding, the new Financial regulation (2003) having prevented EC directly supporting a large NGO (such as BRAC) as foreseen in the NIP

Economy and Trade

The EC has been one of the largest donors in Bangladesh in this sector with a total allocation of € 63 million, which was justified both by the relevance of the sector for the country's growth and the importance of the trade partnership. The TRTA package was designed to prepare the private sector for the end of the textiles quota system, to further develop the export potential and to implement the country's WTO commitments. The EC involvement includes the South Asia Enterprise Development Fund, Asia Invest projects, the Pre-Cancun package, Trade Support Programme, Bangladesh Quality Support Programme and the Private Sector Development Support Programme (PSDSP) to improve economic governance in cooperation with DfID, World Bank, Japan and Canada. At a **trade policy level**, the EC developed a global approach to ensure that the multilateral trade regime work in favor of developing countries and LDC's such as Bangladesh. Under the Everything But Arms initiative the EC assured Bangladesh duty and quota-free market access for an indefinite period.

Governance and Human Rights

Under the 2003-5 NIP the EC has, in common with other donors, focused on support to aspects of political governance where there have been commitments made to reform and on support for human rights. There has also been a large commitment to security and human rights in the form of support for the UNDP Chittagong Hill Tracts (CHT) Development Facility, which seeks to underpin the CHT Peace Agreement, and a continuous role as the principle donor for UNHCR's support to the Rohingya refugees. EC support to the Election Commission has ultimately not proved possible to implement, illustrating the difficulties which beset donors in the governance area. However, the EC is funding NGO project under a call for proposals for civic awareness in preparation for the 2007 elections.

The more substantial funding for governance under the 2006 NIP has enabled us to expand our focus to take on the key institutional areas of justice/law and order and local governance, in both of which sectors we are working closely with the World Bank and other donors to formulate projects that support the GoB's PRSP commitments and align with the 2004 World Development Report Making Services Work for Poor People. We are also formulating a project to combat trafficking, which will focus on enforcement aspects, leading us to join DFID and UNDP in supporting police reform. Our human rights work will also expand with the EIDHR (see next paragraph) and we are committed to increase our funding for the Chittagong Hill Tracts.

The finalisation of the PRSP and associated developments, such as the joint Country Assistance Strategy work taken forward by DFID, Japan, WB and ADB, are now beginning to provide a context in which, under the 2007-2013 CSP we can build on the firm basis of an

established programme in key institutional areas, in partnership with other main donors, to take forward support for key reforms in the judicial and law and order sector, to support further decentralisation and to develop key programmes in support of greater government efficiency and effectiveness, combating leakage and corruption. This will also lead us into greater involvement in the core area of public financial management, where opportunities for greater donor involvement are expected following the WB's Review of Institutional Arrangements for Public Expenditure, Financial Management and Procurement indicators.

Cross cutting issues and regional programmes

The cross cutting issues for the EC include democracy, good governance, human rights, indigenous peoples' rights, gender, childrens' rights, environmental sustainability, combating HIV/AIDS and global warming. Both the NIP 2005 and 2006 have placed a growing emphasis on the critical issues of good governance, gender equality and children's issues. Projects currently in the pipeline to be implemented include empowering adolescent girls, and combating trafficking of children and adolescents. The EIDHR funding instrument has further enabled the delegation to support children's rights. Starting in 2006 the EC will be a co-funder for UNICEF's nation-wide programme of birth registration, an integral component of ensuring the protection of child' rights. With the introduction of the EIDHR micro-projects in 2005 there is now an opportunity to expand our support to organizations working on key human rights issues with a call for proposals for local NGOs to address 'fostering a culture of human rights' and 'advancing equality, tolerance, and peace'. Minority's rights have been addressed and are at the core of the Chittagong Hill Tracts UNDP project, and we have specific environment related projects funded under the regional funding instrument, Asia Pro-Eco.

Gender mainstreaming has become a key cross-cutting issue for the EC, not only as a reflection of the MDGs and international agreements that place gender equality at the heart of poverty alleviation, but also due to the inequalities that pervade Bangladesh society and keep women and girls from attaining their rights and access to education, health, participation in politics, and opportunities in employment. The Delegation has ensured gender equality is an integral component of both the education and health sector-wide programmes, and will be included in upcoming projects for justice reform, and support to local governance. Gender training has been organized for delegation staff, in particular a training workshop in the final quarter of 2005.

Since the 87/88 floods the EC has contributed more than 100 million euros in disaster related actions not including more recent ECHO actions. Prominent among these is the Coastal Embankment Rehabilitation Project funded along with the World Bank. This has provided protection to coastal communities which has led to increased economic growth, partly through increased security but also through improved land use and agricultural practices. This will need to be reviewed as part of the analysis of climate change related impacts expected over the next few years.

The EC funded evaluation recommended that EC should continue support for this type of activity, but to improve effectiveness future interventions should support and develop local government involvement and recognise the local socio-political situation by including all members of the community not just the poor and disadvantaged.

The Delegation programming is complemented by a number of regional initiatives. Bangladesh has 2 **Asia Link** projects targeting higher education, 7 **Asia Invest** and **IT & C** projects, and 6 **Asia Pro Eco** projects for the environment. Bangladesh is also part of the regional South Asia Civil Aviation project.

Our programming in Human Rights, Governance (especially local governance) and the social sectors is underpinned by a substantial portfolio of projects under the NGO co-financing budget line.

ECHO - Humanitarian Aid

ECHO's intervention has been instrumental in attenuating the adverse effects of floods in summer 2004 and in providing shelter to 400 tribal families in the Chittagong Hill Tracts, after the violent Mahalchari incidents of August 2004. Since 2001 and in order to mitigate the risk of the recurrent natural disasters ECHO has also provided since 2001 about €2.6 million to support vulnerable communities and authorities at local, provincial and national level in disaster preparedness measures through its DIPECHO programme in South Asia. Beside this the country also benefited from €1.482 million provided for 4 regional projects for India, Bangladesh, Nepal and Sri Lanka. All projects were mainly aimed at enabling local communities to prepare themselves for floods but also cyclones, earthquakes and droughts. Projects are implemented in close cooperation between communities at risk and humanitarian organisations with a long standing expertise in disaster preparedness.

These measures have been complemented by 9M€ NIP 2005 funding to support earthquake and tsunami preparedness, in the context of the national Comprehensive Disaster Management Programme providing an institutional framework for Disaster Risk Reduction and Management in Bangladesh.

ANNEX 5: Overview of past EC co-operation: allocations NIP 2003-5 and NIP 2006 – Overview (in meuro)

Priority Sector Budget Line		CSP 2002-6	NIP 2003-5	Actual Commitments		Activity Description	NIP 2003 – 2005 Revised (MTR)			NIP 2006
		meuro	meuro	2002			2003	2004	2005	2006
.1. Health	B7-300	120	120	-	-	1. Health sector programme (HNP)	-	=>	108**	
1.2. Education	B7-300	125	135	-	-	1. Primary Education Dev Prog. (PEDPII) 2. Support for NFPE	105 -	- =>	- 30	
1.3. Food Security / Rural Dev.t	B7-200	120	95	-	-	Indicative commitment level	10*	20	20	25
1.4. Employment Creation	B7-300	10	-	Rural Towns Dev. Pilot	10		-	-		
2.1. Economic Development and Trade Capacity	B7-301 B7-300	49		SEDF (SAEnterprise Development Facility)	10	1. TRTA (Cancun Package, Intell. Prop) 2. Total Quality Programme 3. Small Project Facility 4. Econ. Governance / VET	=>8,75 3	10	1.2 -	20-30
3.1 CHT Programme	B7-300	60		-	-	1. CHT development prog. Phase I 2. CHT development prog. Phase II	=>		7.5	15-20
3.2 NGO Co-financing	B7-6	30	18	Global CfP*	2	Global Call for Proposal*	4, 4	2,1	4*	4*
3.3 Human Rights & Democracy	B7-300	46***	9	-	-	1. Support to Electoral Process 2. Promotion of Individual Rights (Unicef) 3. Civil Justice reform 4. Combat Human Trafficking 5. Reserve for Human Rights activities linked to PRSP	- -	=>	2.5+3.5 6**	10 2 5
3.4 Others	B7-3		9	SMILING	8	Disaster Preparedness		=>	9**	
Them./Regional	B7-302					Burmese Refugees (Uprooted People)	2	1	1	1
SUBTOTAL 19 10 01/02 (B7-300 and		410	303.5		28	SUBTOTAL 19 10 01/02 (B7-300 and B7-301)	116.8	10	161.7	52-67
SUBTOTAL HTBs		150	117		2	SUBTOTAL HTBs	16	27	23-25	30
TOTAL		560	420.5		30	TOTAL per year	132.8	37	186.7	82-97
TOTAL 19 10 01 and 02 only							340.5-355.5			
GRAND TOTAL all budget lines							438.5-453.5			

* Forecasted estimate for projects selected under global Call for Proposal

** 10% budget shifts in context of MTR

*** Forecasted estimate for ALA and non ALA budget lines (e.g. Uprooted people, Humanitarian aid & disaster preparedness, Regional programmes)

ANNEX 6: DONOR MATRIX

The Member States

The EU Members States and the EC constitute the largest aid and trade partners with an expected annual aid envelope of approximately €386 million per year in 2005/06. **UK/DFID** is the largest EU donor with an expected allocation of 149 meuros in 2005. The current DFID Country Assistance Plan (CAP)¹³ is based on the GoB's Poverty Reduction Strategy and is entitled 'Women and Girls First' to reflect its focus on achieving gender equality, essential for achieving the MDGs. Over the last few years and with the growing trend towards sector programmes DFID has become a close partner of the EC in the delivery of aid programmes. Like the EC, DFID has been involved in the design and funding of the first health and education sector programmes (HPSP and PEPDII).

In addition to the involvement in the social sectors DFID has been increasingly focusing on the enabling environment to help business and enhance job opportunities. This is an area where EC and DFID's have developed a very close partnership, not least in view of EC's strong mandate on trade and economic development issues. The partnership in this sector has resulted in the joint design of the first trade sector programme (Private Sector Development Support Programme, PSDSP) to which the EC contributes with approximately 20 meuro under the NIP 2006 and the World Bank joint into. DFID has also been closely involved in the Trade Needs Assessment which the EC carried out in spring 2005 in preparation of the CSP. It is expected that under the new CSP the EC will further enhance its partnership with DFID in two core areas of common interest: Governance and Trade related development.

Germany is the third largest EU donor, following DFID and the EC, with an allocation of 60 meuro in 2005/2006. The German development programme has also a strong focus on the social sector and on economic reform and market development. This has allowed the EC and German programmes to achieve a fair amount of synergies, notably in the health and trade sector programmes. Germany has furthermore established a strong presence in the Energy sector. Given Governance related difficulties in this sector Germany will however scale down its involvement in the Energy sector as of 2005. It is expected that EC and German development commitments will remain complementary in the next CSP.

The other EU donors represented in Bangladesh include the **Netherlands, DANIDA/Denmark, SIDA/Sweden, Italy and France**. With the exception of France, which has concentrated its assistance on cultural issues, there has been co-operation in the social sector (health and education) with most of the donors. Netherlands, DANIDA and SIDA have also had an important focus on Human Rights and Governance programmes, although like most other donors they have not been able to intervene beyond small scale projects. According to the strategies of these MS, which are at an earlier stage of preparation, there is scope to develop complementary programmes in the area of Governance and Human Rights. A common engagement in the education sector is also expected.

¹³ To be superseded in 2006 by a new CAS produced in collaboration with the other members of the Joint-CAS group of four largest donors.

Other donors

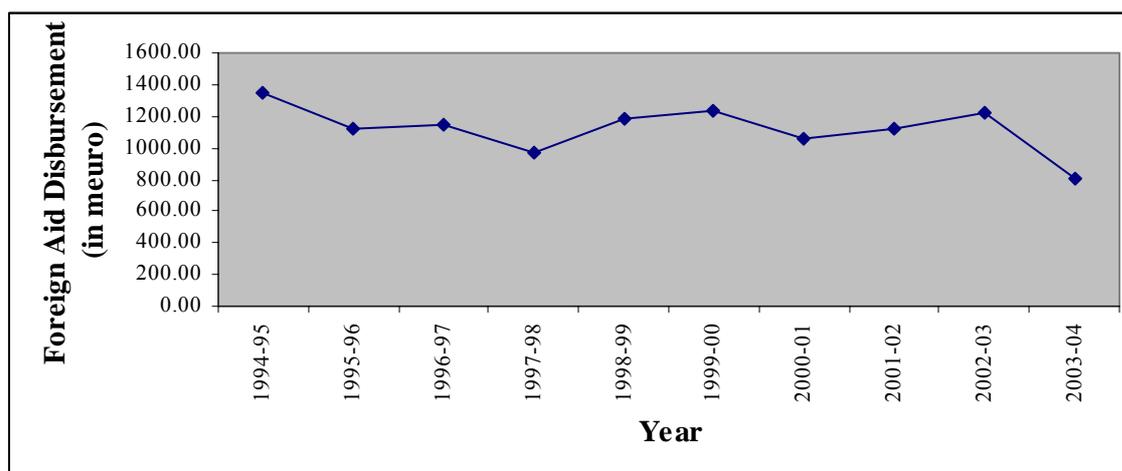
The four largest donors in Bangladesh are **Japan, the WB, ADB and DFID**. With the exception of Japan, which has to date had a strong focus on infrastructure development and thus allowed for little common scope, the EC has collaborated with all of these donors. Interaction with the WB, the second largest donor with a total commitment level of US\$ 2 billion has occurred across most fields, notably through the WB's coordination of the donor consortium in support to the first Health Sector Programme HPSP and, in 2005-6 as lead donor in support of decentralisation, through the Local Governance Support Programme. The issuing of the WB's new CAS in 2006 with a strong emphasis on governance underpinning development provides a good basis for further close collaboration under the 2007-13 CSP.

Tables

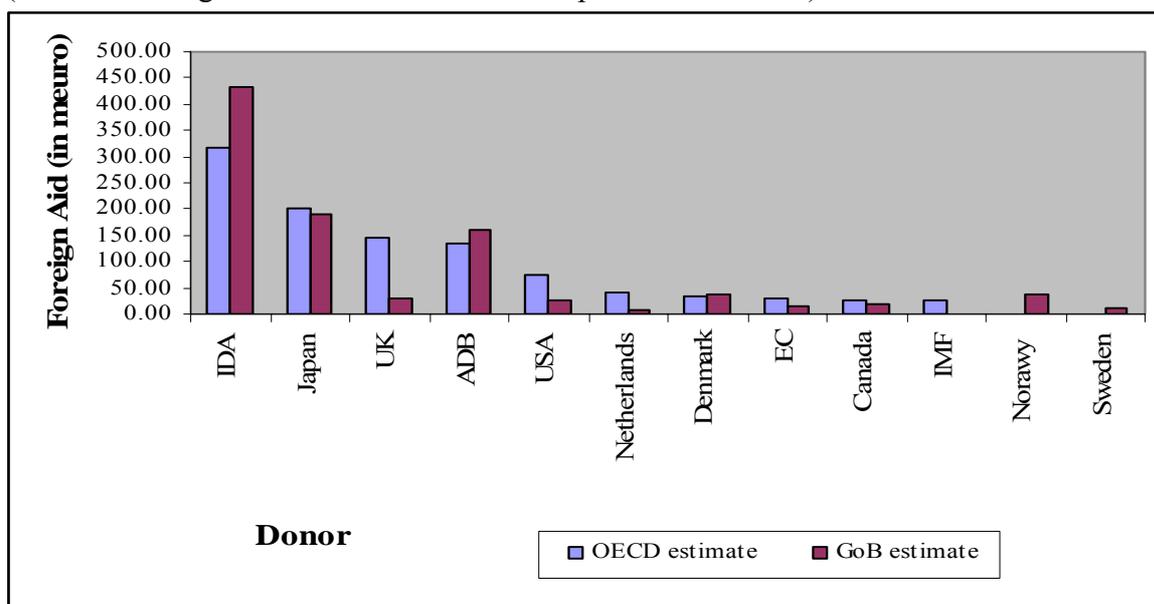
A. Overview of expected Member States Financial Allocations in 2005

Member States	Financial Commitment/Expected Allocations 2005
United Kingdom	€148 million (≈ £100 million)
European Commission	€186 million
Germany	€51 million
The Netherlands	€36 million
Denmark	€30 million (≈ DKK 225 million)
Sweden	€23 million (≈ SEK 200 million)
Italy	- (?)
France	- (?)
TOTAL	€386 million

B. Trend of Foreign Aid Disbursement over the Last Decade

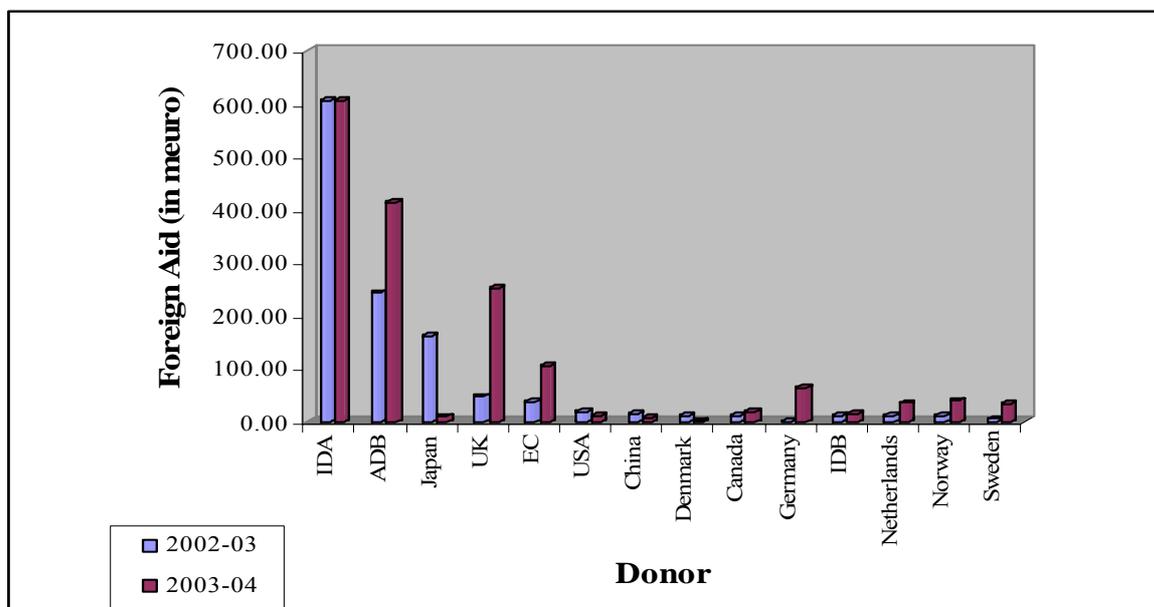


C. The Top 10 Donors (loans and grants)
 (based on foreign aid disbursement over the period 2002-2003)



Note: The UN agencies assist in various sectors, especially in education, health and rural development, and is funded by different bilateral/multilateral donors.

D. The Top 10 Donors (loans and grants)
 (based on foreign aid commitments over the period 2002-03 and 2003-04)



Source: ERD, MoF, GoB

E. Balance of Government Resources and Aid by Sector

Sector	FY1999-2000		FY2000-2001		FY2001-2002		FY2002-2003		FY2003-2004	
	GoB Budget	P. A.								
Agriculture	76.94	50.68	78.31	48.12	86.79	37.35	89.91	59.36	222.34	38.74
Rural Devt.	9.98	35.80	10.35	50.91	10.60	37.81	71.45	40.45	85.42	53.24
Water Resources	16.71	109.88	18.70	46.49	18.95	79.12	19.83	42.08	42.90	28.28
Energy	1.00	148.63	0.25	101.36	1.00	123.98	1.00	185.13	1.25	201.63
Transport	45.39	205.50	4.78	217.67	49.88	186.59	184.80	146.14	244.16	177.06
Education and Religion	404.15	66.02	419.99	85.39	456.40	90.74	486.33	83.30	590.82	64.16
Health	123.45	99.34	138.67	106.55	156.12	91.13	165.23	70.13	206.00	60.29
Public Admin.	442.31	24.18	446.17	53.55	529.97	92.13	553.91	78.65	886.11	86.56
Physical Planning & Housing	69.83	99.81	7.41	87.80	81.30	80.12	37.41	296.86	65.34	48.82

Notes:

1. **P.A.:** Project aid from external sources.
2. Figures are in meuro and as per Info euro for May 2007 €1 = US\$ 1.2905 and €1 = BDT 80.1932
3. Three sectors - Science & technology, Family welfare and Cyclone reconstruction - did not receive any PA from external sources for the last five fiscals.

F. Overview of allocations per donor in 2005 (Figures in € million, except where indicated)

Donor/ Sector	Budget policy	Monetary policy	Rural development	Governance	Energy	Transport	Education	Health	Water	Urban development	Gender	Environment	Human Rights	Democracy	Judicial	Poverty monitoring	<i>Economic Dev &TRTA</i>	<i>Cult com</i>
Multilateral	154.98	0.00	73.51	0.00	178.23	252.62	89.58	284.72	65.83	0.50	1.47	0.44	16.19	0.00	0.00	0.39	7.75	
WB	154.98						77.49	232.47										
ADB			38.74		178.23	252.62		31.00	49.59				11.62					3.87
UNDP																		
UNFPA			0.05				0.06	2.22		0.28	0.08					0.39		
UNICEF							10.09	18.26	16.24	0.22								
IFAD			19.22															
WFP			15.50				1.94	0.77			0.39		1.55					3.87
ILO											1.01	0.44	3.01					
EC + MS	0.00	0.00	45.87	53.27	38.24	30.91	59.03	125.72	15.69	0.00	7.38	1.10	30.21	6.00	0.43	0.00	69.97	
EC			29.00	7.50			30.0	108.0					6.00	6.00				1.20
DFID			16.77	45.77	33.74	23.25	8.42						24.21					63.93
Netherlands €					4.50	0.00	10.00	7.00	9.00	0.00	4.10	1.10	0.00	0.00	0.30	0.00		0.50
Sweden							10.61	10.72	0.11		3.28							0.98
Denmark						7.65			6.58						0.13			3.36
France			0.10															
Italy																		
Germany																		
Others	0.00	0.04	38.27	4.44	1.55	0.00	11.23	45.17	0.77	0.00	0.77	3.41	1.93	1.70	2.40	0.00		6.44
Canada \$		0.04	2.40				3.72	19.91			0.77	1.94			2.40			1.01
USAID \$			19.84	1.46	1.55		2.71	23.91				1.47	1.93	1.70				4.14
Japan																		
AUSAid \$			13.17	0.39			1.55	0.31	0.77									
SDC			2.86	2.60			3.25	1.04										1.30
Norway																		
Total	154.98	0.04	157.65	57.71	218.01	283.52	159.83	455.61	82.30	0.50	9.63	4.95	48.33	7.70	2.83	0.39		84.17
% EC			18.40				18.77	23.70					12.41	77.87				1.43

ANNEX 7: UN Human Rights Treaties and Conventions ratified by Bangladesh

1. ILO Convention 87, *Freedom of Association and Protection of the Right to Organise* (1948), ratified 1972
2. ILO Convention 98, *Right to Organise and Collective Bargaining*(1949), ratified 1972
3. ILO Convention 100, *Equal Remuneration Convention*, ratified 1998
4. ILO Convention 105, *Abolition of Forced Labour* (1957), ratified 1972
5. ILO Convention 107, *Indigenous and tribal populations*, ratified 1972
6. ILO Convention 111, *Convention Concerning Discrimination in Respect of Employment and Occupation* (1958), ratified 1972
7. International Convention on the *Elimination of all Forms of Racial Discrimination* (CERD), acceded 1979
8. International Covenant on *Civil and Political Rights* (CCPR),1966, acceded 2000
9. International Covenant on *Economic, Social and Cultural Rights* (CESCR),1966, acceded 1998
10. Convention on the *Elimination of All Forms of Discrimination Against Women* (CEDAW), acceded 1984, with reservations relating to Arts 2, 13(a) and 16.1(c) and (f)
 - a. Optional protocol to CEDAW (OPT) ratified 2000.
11. Convention against *Torture and Other, Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment* (CAT), 1998
 - a. Optional protocol to CAT. (OPT)
12. Convention on the *Rights of the Child* (CRC), ratified 1990, with reservations relating to Art 14, para 1
 - a. Optional protocol to CRC on the *Involvement of Children in Armed Conflict* (OPT-AC), ratified 2000
 - b. Optional protocol to CRC on the *Sale of Children, Prostitution and Child Pornography* (OPT-SC) ratified 2000.
13. ILO Convention 182, *Convention on the Worst Forms of Child Labour*, ratified 2001

UN Human Rights Treaties and Conventions signed but not yet ratified by Bangladesh

1. International Convention on the *Protection of the Rights of all Migrant Workers and Members of their Families* (CMW), signed 1998

ANNEX 8: Bangladesh's Progress towards Achieving Millennium Development Goals

A. *The MDGs and their targets for Bangladesh:*

Goal 1 : Eradicate extreme poverty and hunger

Target 1: Halve the proportion of people whose income is less than \$1 per day

Target 2: Halve the proportion of people who suffer from hunger

Goal 2 : Achieve universal primary education

Target 3: Ensure that both boys and girls will complete a full course of primary schooling

Goal 3: Promote gender equality and empower women

Target 4: Eliminate gender disparity in primary and secondary education preferably by 2005 and in all levels by 2015

Goal 5: Improve maternal health

Target 6: Reduce by three-quarters the maternal mortality ratio

Goal 6: Combat HIV/AIDS, malaria, and other diseases

Target 7: Have halted by 2015 and begun to reverse the spread of HIV/AIDS

Target 8: Have halted by 2015 and begun to reverse the incidence of malaria and other major diseases

Goal 7: Ensure environmental sustainability

Target 9: Integrate the principles of sustainable development into country policies and programme and reverse the loss of environmental resources

Target 10: Halve the proportion of people without sustainable access to safe drinking water and basic sanitation

Target 11: By 2020, have achieved an improvement in the lives of at least 100 million slum dwellers

Goal 8: Develop a global partnership for development

Target 12: Develop further an open, rule-based, predictable, non-discriminatory trading and financial system.

Target 13: Address the special needs of the least developed countries

Target 14: Not applicable for Bangladesh

Target 15: Deal comprehensively with the debt problems through national and international measures in order to make debt sustainable in the long run

Target 16: In cooperation with developing countries, develop and implement strategies for decent and productive work for youth

Target 17: In cooperation with pharmaceutical companies, provide access to affordable, essential drugs in Bangladesh

Target 18: In cooperation with the private sector, make available the benefits of new technologies, especially ICT

B. Bangladesh's progress towards achieving the MDGs

Goals	Targets	Indicators	Base Year ¹⁴	Current Year ¹⁵	2015 ¹⁶	MDG Target ¹⁷	Comment ¹⁸
Goal 1	Target 1	Proportion of population below \$1 per day	58.8%	49.6%	< 30%	29.4%	On target
	Target 2	Prevalence of underweight children (< 5 years old)	67%	51%	< 34%	34%	On target
Goal 2	Target 3	Net enrolment rate in primary education	73.7%	82.7	≈100%	100%	Close to target
		Proportion of students starting at Class1 reaching Class5	42.5%	80.6%	-	100%	-
		Adult (15+years) literacy rate	36.9%	38.8%	-	-	Probably not on target
Goal 3	Target 4	Ratio of girls to boys in primary, secondary and tertiary education	55:45 34:66 25:75	48:52 52:48 36:64	> 1.00	48:52 50:50 50:50	Target exceeded
		Ratio of literate females to males (of 20-24 years)	42:65	55:71	-	100:100	-
		Share of women in wage employment in the non-agricultural sector	-	22%	-	-	-
		Proportion of seats held by women in national parliament	-	2%	-	-	-
Goal 4	Target 5	Under-five mortality rate (deaths/1000 live births)	151	82	≈ 70	50	Not on target
		Infant mortality rate (deaths/1000 live births)	94	56	≈ 20	-	Close to assumed target
		Proportion of 1-year-old children immunized	54%	69%	-	100%	-
Goal 5	Target 6	Maternal mortality ratio (deaths/100,000 live births)	570	320	≈ 80	143	On target
		Proportion of births attended by skilled personnel	5%	12%	-	50%	(by 2010)
		Total Fertility Rate	3.3	3.3	-	2.2	(by 2010)
		Proportion of mothers who are malnourished	-	45%	-	< 20%	-
		Legally stipulated age of girl's first marriage	-	18 years	-	20 years	-
		Proportion maternal deaths caused by violence	-	14%	-	0%	-

¹⁴ The base year varies depending on availability and acceptability of data. The range is between 1990-1995.

¹⁵ The current status is the latest year for which acceptable data was available. The years range between 2000-2002.

¹⁶ The linear projections to year 2015 are extracted from "Strategic Review and Programming Mission - Bangladesh".

¹⁷ The MDG targets cited are for Bangladesh.

¹⁸ The comments are offered by the consultants of "Strategic Review and Programming Mission - Bangladesh" on the basis of the assumption that recent data are reliable. However, if the data are correct, reaching the MDG target on schedule for some of the indicators is less likely.

Goals	Targets	Indicators	Base Year ¹⁴	Current Year ¹⁵	2015 ¹⁶	MDG Target ¹⁷	Comment ¹⁸
Goal 6	Target 7	Condom use rate among female sex workers, rickshaw pullers and truck drivers (in %)	-	2-4, 2 and 25		-	
		HIV positivity among IDUs, female sex workers and men who have sex with men (in %)	-	4, 0.2-0.7, 0.2		-	
		Needle sharing among IDUs	-	25-75%		-	
	Target 8	Malaria deaths per 100,000	1.2%	1%	N/A	0.05%	More data is needed
		TB deaths per 100,000	21,900	70,000	N/A	-	More data is needed
		Proportion of TB cases under directly observed treatment short course: detected & cured (in %)	-	34 & 84		70 & 85	(by 2005)
Goal 7	Target 9	Proportion of land area covered by forest	9%	10.2%	≈ 11.9	20%	Not on target
		Energy use (kg oil equivalent) per \$1000 GDP (PPP)	123.18	92.36		-	
		Carbon dioxide emissions	0.141	0.189		-	
	Target 10	Proportion of the population with sustainable access to an improved water source: urban & rural (in %)	-	82 & 72		100 & 96.5	More data is needed for useful projection
		Proportion of population with access to improved sanitation: urban & rural (in %)	-	56 & 29		85.5 & 55.5	Urban: not on target Rural: on target
	Target 11	Proportion of (urban poor) households: owning dwelling & owning land	-	26% 18%		-	
Goal 8	Target 12	ODA (billion US\$)	-	1.02		-	
	Target 13	ODA to LDCs (% of OECD/DAC donors' GNI)	-	0.05%		-	
	Target 14	Proportion of bilateral ODA - united OECD/DAC donors	-	79.1%		-	
	Target 15	Bangladeshi exports to developed countries (b US\$)	-	58.31		-	
		Average tariffs imposed by developed countries on textiles and clothing from Bangladesh	-	12%		-	
		Debt service to exports of goods and services (in %)	-	7.29		-	
		Target 16	Unemployment rate of 15-24 years-old	-	8%		-
	Target 17	Proportion of people with access to essential drugs	-	80%		-	
	Target 18	Telephone lines and cellular subscribers/100 people	-	1.32		-	
		Personal computers in use per 100 people	-	0.34		-	
Internet users per 100 people		-	0.15		-		

C. PRSP Targets

Target Setting on Major Goals against 2002 Benchmark

Indicators	1990	2002 Benchmark	Annual Progress Over 1990-2002 (%)	2015	Annual Progress Over 2002-2015 (%)
Income-Poverty	59(50)	50*(40)	-1.5(-1.9)	25(20)	-3.3(-3.3)
Extreme Poverty	28	19*	-3.2	5	-4.9
Adult Literacy	35	49.6	3.5	90	6.3
Primary Enrollment	56	86.7	4.6	100	1.2
Secondary Enrollment	28	52.8	7.4	95	6.1
Infant Mortality Rate	94	53	-3.6	18	-5.1
Under-Five Mortality Rate	108	76	-2.5	25	-5.2
Maternal Mortality Rate	480	390	-1.6	179	-4.2
Life Expectancy	56	64.9	1.3	73	1.0
Population Growth	2.1	1.4	..	1.3	..
% Children Underweight	67	51*	-2.4	26	-3.3

*Indicates benchmark data for 2000.

Notes: 1. The income poverty estimate is taken from the WB CBN estimate of HIES unit-record data. The alternative estimate, given in parenthesis, based on HIES grouped distribution data, and supported by other available non-HIES data, shows a poverty estimate of 40 percent in 2000. Use of the latter estimate will change the progress estimates.

2. Adult literacy rate, net primary enrollment, net secondary enrollment, infant mortality rate, Under-Five mortality rate and maternal mortality rate are based on Report of Sample Vital Registration System, 2004 Bangladesh Bureau of Statistics, 2004

3. Population growth rate is based on Census 2001, BBS

4. Percent of underweight children is based on Child Nutrition Survey, 2000, BBS.

D. List of 11 key actions points jointly agreed by Government and Development Partners during the Forum to be achieved in next 12 months.

1. Implementation plan and joint-committee established by **December 2005**
2. PRS will guide budget allocation process, particularly for pro-poor allocation programs for the next fiscal year.
3. MTBF to be extended to 6 more Ministries by **June 2006**
4. Increase block grants to UPs and broaden functions by the start of the next fiscal
5. Place new members against vacant posts of Bangladesh Energy Regulatory Commission (BERC), Bangladesh Telecommunications Regulatory Commission (BTRC), Security Exchanges Commission (SEC)
6. Implement Procurement Law
7. Rationalize Annual Development Plans to match PRSP
8. Capacity Building plan for Bureau of Statistics
9. Take measures for civil service reforms
10. Review SME policies
11. Review Policy of Empowerment and Development of Women.

ANNEX 9: ENVIRONMENTAL PROFILE - A SUMMARY ANALYSIS

Bangladesh is located in South Asia in the north side of the Bay of Bengal. The country is almost entirely surrounded by India, but has a short border with Myanmar in the South East. The country is predominantly low lying recent sediments, the alluvial plains of the deltas formed by the Ganges, Brahmaputra and Meghna rivers system, the third largest in the world after the Amazon and Congo. The total area is 144,000 km², similar to Greece, with four physical regions - the central alluvial plains, the Sundarbans mangrove forests, the slightly uplifted plains in the NE and NW and the Chittagong Hill Tracts, the only upland area, in the east along the Myanmar border. Arable land comprises around 62% of the country. The Sundarbans, the world's largest mangrove forest, are home of the Bengal Tiger and are listed as a World Heritage site.

Bangladesh has a subtropical monsoon climate, characterised by wide seasonal variations in rainfall, high humidity and moderately warm temperatures with a cooler period from December –February when night time temperatures can fall below 10 degrees Celsius. Because of its low lying topography around 20% of the country is flooded annually and disastrous floods can inundate more than 60% of the country, as happened in 1998.

Population density, at 1,100 people/km², is the highest for any country in the world. The current population is estimated to be approaching 150 million and growing at 1.5% or 2million per year. Up to 30% of the population lives in urban centres and this is expected to increase.

Industrial growth of 7% is more than double the growth in agriculture, which contributes 25% of the overall GDP. Expansion of industry is supported by GoB and is likely to continue with further intensification and some diversification of agriculture essential. As a consequence of geography, limited natural resources and frequent natural disasters, environmental management and sustainability are long established themes within GoB's development planning. Despite such awareness, the overall physical environment continues to deteriorate, although some success in improving air quality in the cities has been achieved.

The available data strongly indicate that the natural resource base of Bangladesh is degrading due to overexploitation and poor management. Water supply falls well short of expected needs. This is compounded by industrial pollution, untreated sewerage, and contamination of ground water by arsenic. The land quality is degrading due to over exploitation and increased use of chemical fertilisers and pesticides. Biodiversity is disappearing rapidly and with it the genetic pool for future adaptation. These problems are compounded by the high incidence of natural disasters and the increasing influence of climate change which seems to be increasing the frequency of extreme weather events and will reduce land area through sea level rise in the years ahead. There is a strong relationship between health and environmental quality that is not being addressed by the Health services, which concentrate on the many problems of service delivery.

Available surface water resources fluctuate markedly by season from drought to flood. Topography militates against storage. Groundwater levels are falling throughout the country, while higher regions are starting to show symptoms of desertification. Surface water quality is appalling, as urban residential and industrial effluents are discharged untreated. Inland fisheries are declining due to over exploitation and pollution. The mangrove ecosystem is similarly affected, with severe economic consequences for the coastal fisheries sector.

Millions of tube wells have been drilled throughout the country. Unfortunately, ground water frequently contains varying concentrations of arsenic. Around 40 million people are affected by chronic arsenic poisoning.

Both agricultural land and yields per unit area are declining. Increasing urbanisation and industrialisation lead inevitably to encroachment onto the remaining natural ecosystems. Protected areas at only 1.5% are compromised, resulting in deforestation and species loss.

Climatic Change poses several imminent threats, as extreme weather events appear to be increasing in frequency and up to 18% of the country and 11% of the population are at risk of being flooded and affected by a 1m rise in the sea level. Associated saltwater intrusion is already affecting drinking water quality and agricultural productivity in the south west. The Sundarbans will decline.

Despite some success in tackling urban ambient air pollution and improved water supply, sanitation, access to safe water, waste collection and disposal, and indoor air pollution present major health challenges.

Although Bangladesh has significant reserves of natural gas, more than 80 million people still cook and heat with firewood, dung or other primary biomass. Only 15% of households are connected to the electricity grid. Renewable energy has no commercial significance in Bangladesh, because of financial and technical constraints.

The government's policy has correctly identified these environmental challenges. Basic environmental legislation has been enacted, and further legislative developments are planned. Bangladesh has ratified most international, environmental treaties. The Department of Environment is preparing its National Plan of Action (NAPA) on climate change as part of the GEF funded assistance to developing countries likely to be seriously affected by climate change. Bangladesh is regarded as somewhat of a world leader on climate change adaptation thinking. However, Bangladesh's financial resources and technical capacity fall short of the needs to address these environmental issues. Focusing on industrialisation and economic growth may provide the financial resources, but industrialisation can be constrained by environment and certainly the wellbeing of the poor is forfeited. GoB has acknowledged this in its Poverty Reduction Strategy Paper, within which it makes environment and disaster reduction key supporting strategies.

Most donors have policies requiring that the environmental aspects of development assistance and recently climate change issues are addressed. In reality donor funding for the environment has fallen in every year since 2000. Donors are withdrawing their support from environmental issues in the belief that an indirect approach to poverty alleviation through services and governance will give better results. Sectoral integration of national environmental policies is not yet mainstreamed or effective. Bangladesh has, with the Local Consultation Group structure, one of the world's most extensive donor co-ordination networks. Because of the severity and cross-sectoral significance of environmental problems in Bangladesh, this network needs to be more effective.

In the long term the best motors for change are trade and education, but this assumes that the underlying resource base can meet increasing demands. This is not the case in Bangladesh and therefore direct action is required. The Bangladesh economy requires short to medium term assistance to address water supply and quality.

By neglecting biodiversity loss not only is environmental stewardship being ignored, but opportunities for adaptation to climate change through diversification are being lost to the detriment of all international parties. International action through local partners is required.

Disaster management requires a shift from relief to preparedness and coping mechanisms. Climate change will affect Bangladesh and because mitigation measures under the Kyoto protocol are already too small and too late, adaptation and preparedness are the only response possible for Bangladesh. Immediate work in these disaster related areas will reduce impacts on the poor and promote their self sufficiency and sustainability by protecting their limited resources.

RECOMMENDED PRIORITY ACTIONS

Environmental priorities within development co-operation need to address current environmental, social and economic dynamics in Bangladesh. At the same time, synergy with the objectives and programmes of the GoB and donors is desirable.

Priorities in the Rural Context

The underlying natural resource base of Bangladesh is deteriorating. This is evident from the gross indicators.

Water - Dry season river flows are significantly lower, water tables are falling and domestic water is often arsenic contaminated, surface water is polluted. The economy requires an increase in agricultural production. It will be difficult to provide the required irrigation water. A related problem is fragmentation of fish habitats, declining fish stocks and species loss. The solution is surface storage, but this requires large investment and improvements in effluent management. Both require improved local governance and accountability. This might best be achieved through education and advocacy at the local level and direct action through local communities on local government.

There is a strong relationship between health and water quality that is not being addressed by the health services, which concentrate on health service delivery problems rather than prevention. More than 30% of illness is environmental in origin. In Bangladesh 90% of all water supply is paid for by private money. The quality of this supply is often neglected. There are serious health issues, arsenic and bacterial contamination, which can only be addressed through monitoring and control. GoB through local government and probably in conjunction with the private sector requires assistance to provide this service. .

Land – Due to incipient desertification and rising sea levels expected through global warming total arable land area is falling. This cannot be halted. Declining yields and the requirement for increasing inputs suggest that land quality is also falling. Diversification and a major shift in agricultural practices might help. Technology development, through research and education is required. This should be supported as should education and extension.

Rural energy provision needs investment. Renewable energy and rural electrification have some possibilities, but simple provision of firewood plantations would be a start and provide additional benefits.

Biodiversity losses through fragmentation and land clearing are serious. Genetic resources and seed sources are being lost. International assistance is required.

Priorities in the Urban Context

Urban pollution in Bangladesh results in huge costs for the economy, not only in terms of health costs and lost productivity, but also by deterring foreign direct investment. This nexus needs to be demonstrated and assistance provided to improve the urban environment and manage industrialisation. Pressing issues include water supply, waste management and the provision of sanitation, municipal waste disposal and industrial water treatment.

Water demand is likely to exceed possible supply in the near future. Dry season supply is already below acceptable standards and unreliable. Many towns will require total water supply and sanitation solutions. Improved governance is required and the process for this is education and advocacy from the grass roots level and likely to be associated with decentralisation of local government. (See also comments on water quality above)

Priorities in the Industrial Context

The environmental performance of Bangladesh's industries is below acceptable levels. Not only are legislation and limiting values inadequate, but enforcement and control of existing legislation are not effective. Interventions in the trade and economic co-operation sector should expose Bangladesh's industry to international levels and standards of acceptable environmental performance, and provide support for enhanced environmental management capacity. GoB should be supported in developing adequate national standards and effective institutions to enforce them, including training and employment of competent monitoring technicians.

Relevant industrial sectors known for their notoriously low environmental standards comprise tanneries, chemical industry, the ship-breaking yards, and textile factories.

Again solutions are likely to come through local pressure, based on improved education and awareness. A viable strategy may well be to concentrate efforts in a geographical area, district or municipality, providing links to the upper levels of government as required. Dissemination would be by repetition or copying.

International Concerns, Climate Change and Disaster Preparedness

The international community has an interest in the biodiversity of Bangladesh. The Sundarbans and the wetlands of this country are unique ecosystems. The International Community's role in causing global warming gives it a responsibility for helping Bangladesh to cope with the consequent rises in sea level that are predicted, which will particularly affect Bangladesh. The mitigation efforts under the Kyoto Protocol will not be adequate. Action is required by the international community out of self interest in the conservation of the biodiversity and sequestration of carbon. Bangladesh needs assistance in adapting to and managing the changes.

It appears that extreme weather events may be increasing in frequency. Bangladesh needs assistance to change to a preparedness modality from a relief based approach to disasters. The poor are always the worst hit by disasters. Improved preparedness is an important component of sustainable poverty alleviation by protecting the resource base. This involves planning, information preparation, dissemination and awareness raising.

Reduced river flows are at least partly due to increased extraction from the Ganges by India. As the population of India have a right to water provision under their constitution the Government of India has an obligation to provide water. This may well lead to increased extraction from the Brahmaputra River. Some international assistance in negotiating equitable water rights is required.

The international community has a responsibility through its culpability for global warming and the predicted rises in sea level which will particularly affect Bangladesh.

ANNEX 10: MAJOR EXPORTS TO THE EU MEMBER STATES*(for the period July 2004 – June 2005)**(in million US\$)*

	Germany	United Kingdom	Italy	France	Belgium	Netherlands
Frozen Shrimp	17.61	76.43	-	4.23	84.48	2.65
Knitwear	668.82	330.08	184.93	373.29	132.54	142.66
Woven	620.55	357.88	113.84	211.99	67.53	117.49
Bicycle	-	24.51	-	-	-	-
Home textile	-	73.71	-	-	-	-
Leather	-	-	42.15	-	-	-
Jute yarn & twain	-	-	-	-	20.71	-
Total Export	1,353.80	943.17	369.18	589.51	325.43	291.94

Source: Bangladesh Bank

*Note: The total export earning was US\$4.78 billion during July-January of 2004-05.

Table-2: Direction of Exports from Bangladesh *(% of total)*

	DMCs	China	Japan	US	EU	Others
1995	8.2	0.6	3.3	31.9	44.8	11.2
2003	4.8	0.2	0.8	23.9	47.2	23.1

Source: The Asian Development Bank